

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ke 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (re)

Der Polizeistaat.

Unter den tschechischen Urteilen über die Sprachverordnungen hat das eine vieles für sich, daß man erst die Sachleute befragen müsse, ehe man über das Gesetz und seine Durchführung urteilt. Nicht, als ob es des Urteils der Sachleute bedürfte, um festzustellen, daß die Sprachverordnungen das Tschschifisierungswerk krönen und dem Staat endgültig den Anstrich eines Nationalstaates geben sollen. Aber die Folgen des Gesetzes in alle Details ausmalen, heute schon sagen, welcher Rattenkönig von Prozessen, Verschleppungen, Ordnungsstrafen, Bureaucratismen, Quälereien der Bevölkerung, Husarenstückchen der Beamten aus den Bestimmungen der neuen Verordnung erwachsen wird, das kann nur ein sehr tüchtiger Sachmann. Es ist wie mit allen Gesetzen und Verordnungen, die hierzulande erlassen werden. Im Parlament steht ein Gesetz kaum zur Diskussion. Was die Opposition dazu sagt, das ist von allem Anfang an „böswillig“, „unvernünftig“, „staatsfeindlich“. Da die Autorität der Räte nicht angetastet werden durfte, wagten auch die Koalitionsabgeordneten nie, darüber nachzudenken, ob ein Antrag verbesserungsfähig wäre oder nicht. Diese Gesetze sind obendrein schon von der ernannten Nationalversammlung geschaffen worden, einer Körperschaft, in der die Betroffenen keine Vertretung hatten und die obendrein ihr Recht nicht aus der Wahl des Volkes, sondern nach Art derer von Gottes Gnade aus der Macht der Bajonette schöpfte. Die Durchführung der Gesetze ist Sache ministerieller Geheimpolitik; hat man schon beim Gesetz die Opposition nicht gefragt, wie könnte man sie bei der Durchführung zu Rate ziehen! Auf diese Weise muß die staatliche Autorität mehr und mehr an die Bureaucraten und Polizeibeamten übergehen. Den Regierungsgremien der tschechischen Republik fehlt heute auch der berückichtigte Tropfen demokratischen Oeles, mit dem jeder konstitutionelle Monarch schaydenhalber seine Krone von den Flecken vergangener Epochen reinigt. Demokratie, das ist heute eine lederne Formalität geworden, die sich in einer seit der Wahlgesehnovelle auch schon schäbig gewordenen Autorität des geist- und seelenlosen Mehrheitsprinzips erschöpft. Der wahre Herr der Zeit ist wieder wie in längst verklungenen Tagen der Polizist.

Schon die Einteilung in Staatsprache und Sprache der Minderheitsnationen ist protest und eines Bureaucratengehirns würdig. Es gibt in diesem Staat nicht Tschechen, Slowaken, Deutsche, Magyaren, Polen, Ruthenen und Juden, sondern es gibt Leute, die als Muttersprache die Staatsprache haben und Leute, die einer nationalen und sprachlichen Minderheit angehören. Die Staatsprache wird des näheren an einigen Stellen als „tschechoslowakische“ definiert, was an sich schon eine alle sprachwissenschaftlichen und ethnographischen Erkenntnisse großzügig verachtende Konstruktion ist, wie sie nur in Polizeistaaten dem allwissenden und allmächtigen Denkapparat eines Menschen entspringen kann, der auf seinem Pentrek besteht. Denn entweder ist das Slowakische ein Dialekt des Tschechischen, dann gebührt ihm nicht die Rolle einer Schriftsprache, dann darf es keine „Schulen mit slowakischer Unterrichtssprache“ geben, dann dürfen die Beamten in der Slowakei nicht slowakisch amtiert, ebenso wie man in Hamburg nicht plattdeutsch und in Tirol nicht „tirolerisch“ amtiert. Da ist schon ein Problem der Sprachverordnung: Wenn ein Beamter in der Slowakei tschechisch amtiert; hat der Slowake dann für seine Sprache das Recht der nationalen Minderheiten oder das der Staatsprache in Anspruch zu nehmen? Beide geht nicht, denn eine Minderheit sind die Slowaken nicht, da sie keine „andere als die Staatsprache“ haben, die Staatsprache ist vielleicht das Slowakische, sicher aber auch das Tschechische des Beamten. Oder das Slowakische ist kein Dialekt, sondern eine selbständige Sprache, wie etwa das Holländische im Vergleich zum Deutschen, dann darf doch das Gesetz nicht von einer „tschechoslowakischen

Sprache“ reden. Kurzum es birgt sich schon in dem Begriff der Staatsprache eine Fülle an Konfusion. Aber was ist mit den Minderheiten? Die werden so definiert:

„Art. 14. Unter einer nationalen und sprachlichen Minderheit im Sinne dieses Gesetzes sind dieser Verordnung werden Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik verstanden, die eine und dieselbe Sprache, aber eine andere als die Staatsprache sprechen, deren sich nach dem Ergebnis der letzten amtlich veröffentlichten Volkszählung wenigstens in einem Gerichtsbezirk der Republik mindestens 20 Prozent der Bevölkerung bedienen.“

Das ganze Herumreden und Tanzen um den heißen Brei erinnert lebhaft an die Spieserereien mit Worten im alten Kaiserstaat. Da gab es ja auch die Oesterreicher nur im Kaiserreich, in der Verfassung aber nur Bürger der „im Reichrate vertretenen Königreiche und Länder“, da mußte zwischen k. u. k. und k. k. zwischen diesseits und jenseits der Leitha unterschieden werden, nie aber wurde das Kind mit dem wahren Namen genannt. Auch die Deutschen spielen in der Tschechoslowakei die Rolle des bösen Geistes, den man nicht beim Namen nennen darf und selbst die Staatsprache ersetzt mehr als nötig den offenen Namen des herrschenden Volkes. Daß solche Witze eine Fundgrube für sophistische Juristen und Bureaucraten sind, ist klar, bevor man noch den Sachmann zu Rate zieht.

Apropos, der Sachmann! Daß ein Staat seinen Angestellten befiehlt, die Staatsprache zu lernen, mag dann nicht unbillig sein, wenn es eine Staatsprache, nämlich eine im Staat allein gesprochene Sprache und somit nur sprachliche Minderheiten, das heißt wirklich Splinter anderer Völker gibt. Das ist hier bekanntlich nicht so. Und so erfreulich es wäre, wenn jeder Staatsbeamte verpflichtet wäre, die Sprache, in der er zu amtieren hat, zu erlernen, da er bis jetzt doch meist nur die Amtsprache beherrscht, die ob tschechisch oder deutsch, dem gemeinen Manne unverständlich ist, so hart ist es, wenn der deutsche Beamte, statt deutsch in sechs Monaten tschechisch lernen muß. Aus der besonderen Art Demokratie dieses Landes ist auch das erklärlich. Weniger einleitend ist schon die Praxis, nicht nur den Beamten, sondern auch den Bürger zur Erlernung der Staatsprache, die nicht seine Sprache ist, zu zwingen, oder ihn zur Bezahlung eines Dolmetsches anzuhalten. Denn in den Bezirken, in denen weniger als 20 Prozent Deutsche wohnen - und bei der üblichen Volkszählungspraxis sind das eine ganze Reihe - ist der Deutsche nicht mehr der Ausnahmsrechte der Minderheitsnation teilhaftig. Das Höchste aber ist das: falsche Angaben über die sprachlichen Fähigkeiten werden bestraft. Die Entscheidung darüber, ob einer tschechisch kann oder nicht, ja ob er („aus Grund des Wohnortes, des Aufenthalts des Einvernommenen oder aus anderen Umständen - -“) tschechisch können muß, steht den Behörden zu. Die verdienstvolle Schriftstellerin, die das Buch über den „Kampf mit dem Sachmann“ geschrieben hat, wird an eine zweite Auflage denken müssen. Der Kampf beginnt jetzt und hier erst fesselnd zu werden. Ja, wenn sich einer weigert, die Staatsprache zu sprechen, obwohl es der Beamte so will, etwa weil ihm die Kapriolen der deutschen Junge, die sich mit den k und den vokallosen Wörtern abquält, ein Gaudium bereiten, während der Deutsche seine mangelhafte Sprachkenntnis ungern zur Schau stellt, dann kann ihm der Sachmann, als der uns der Beamte oder das Polizeiorgan gegenübertritt, bestrafen!

Nun, und was sagt man dazu, daß die Minderheitsprachen auf dem Papiergeld nur noch gnadenweise zugelassen werden! Hat da nicht ein Polizist in die Handelspolitik gepusht? Oder auch dazu, daß in jedem Ergebnissebord der tschechische Wahnwächter die ganze Gemeindevertretung mit seinen Sprachwünschen behelligen und strapazieren kann. Oder daß der Bürgermeister von Reichenberg und seine beiden Stellvertreter die tschechische Sprache „vollständig“ beherrschen

müssen, während es leider keine Bestimmung darüber gibt, daß die Redakteure deutsch gedruckter Regierungsblätter annähernd deutsch küssen müssen!

Aber auch das Ausland kriegt den Pentrek zu fühlen. Die tschechischen Beamten dürfen an ausländische Beamten, ob die jetzt hierzulande oder jenseits des Ozeans ihren Sitz haben - und die meisten dürften doch außerhalb der Republik liegen! - nur tschechisch schreiben! Die englische Regierung kann sich also jetzt zu jedem ihrer paar tausend Konsulate einen tschechischen Dolmetsch jegen. Und wie die Engländer schon sind, werden sie's auch nicht verkümmern. Tun sie's aber nicht, dann gibt es schon eine Repressalie; denn nur bei

„Gegenseitigkeit“ werden von fremden Mächten Schreiben in deren eigener Sprache angenommen.

Polizeigeist füllt diese hundert Paragraphen, Polizeigeist hat sie geboren. Der selige Metternich würde seine Freude haben, sähe er, wie sein Genie fortlebt. Bis in die letzte Kleinigkeit spürt man die liebe Sorgfalt eines Polizei- und Nachtwächterstaates. Denn die einzige Ausnahme, die bei deutschen Eingaben, die sonst zurückgestellt werden, stattfindet, ist die Entgegennahme deutscher - Denunziationen!

So weit hat es die Republik Majornis und der Legionäre gebracht und in diesem Zeichen will sie stehen!

Bethlens Sündenregister.

Ein scharfer Angriff Emerich Karolhis im „Besteer Lloyd.“ — Gorthys Gehob?

Budapest, 6. Feber. Der „Besteer Lloyd“ veröffentlicht heute einen Artikel aus der Feder des Grafen Emerich Karolhi, dessen persönliche Beziehungen zum Reichsverweser bekannt sind. Der Artikel zählt die Fehlgriffe auf, die Graf Bethlen in der Frankenfällschere zutribunden kommen ließ. Der erste Punkt des Sündenregisters ist, daß Radossy fünf Jahre lang mit beispielloser Machtvollkommenheit im Amt behalten wurde. Der zweite Punkt, daß Graf Bethlen Mitte November dreimal von ersterer Seite auf die Frankenfällschung aufmerksam gemacht wurde; das erstemal von Rozma, das zweitemal von Berenyi und das drittemal durch die Vorkast Berenyis, um deren Ueberbringung an Bethlen Staatssekretär Pronay ersucht worden ist, weil Bethlen vor seiner Abreise nach Genf keine Zeit hatte, Berenyi zu empfangen. In dieser Vorkast ließ Berenyi den Grafen wissen, daß Frankenfällschungen tatsächlich erfolgen, die Sache sehr ernst sei und auch Radossy um die Sache wisse.

Der Umstand, daß Graf Bethlen auch nach dieser Vorkast noch Radossy mit der Ausforschung der Sache betraut und nach seiner Rückkehr aus Genf sich nicht wieder um die Angelegenheit kümmerte, vielmehr auf die Jagd nach Radbanh fuhr, ohne der Frankenfällschung weiter nachzugehen, bezeichnet Karolhi als einen schweren politischen Fehlgriff, der die schwerste Kritik herausfordern müßte.

Bethlen wird noch vorgeworfen, daß er, obwohl er vier Wochen vor Bekanntwerden der Affäre von ihr wußte, zwei volle Wochen lang den Ueberraschten gespielt hat, statt sofort zu sagen, daß er Radossy, dessen Rolle ihm bekannt war, mit der Aufstellung des Sachverhaltes betraut habe, diesen hohen Staatsfunktionär jedoch von Amts wegen jetzt suspendieren müsse, weil er verlag hat und nun ermittelt werden muß, ob es sich bei Radossy um bloße Fahrlässigkeit oder um mehr gehandelt habe.

Bethlen wußte auch und tat auch nichts dagegen, daß Radossy 24 Stunden vor seiner Verhaftung mit dem Minister des Innern in dessen Wohnung vertrauliche Besprechungen pflog, obwohl mittlerweile auch aus Holland die amtliche Verurteilung über die Mitschuld Radossys bereits eingelangt war.

Als ein weiterer politischer Fehler wird dem Grafen Bethlen angerechnet, daß er seinen Stellver-

treter, den Minister Vah und den Justizminister Pestyh während der ganzen Zeit nicht von der ihm zugegangenen Warnung verständigte, so daß die beiden Minister erst Anfang Jänner Kenntnis von dem erhielten, was dem Grafen Bethlen bereits seit Mitte November bekannt war.

Ein schwerer Fehler war es auch, als man die französischen Organe von den Erhebungen auszuschalten versuchte, obwohl es als sicher angenommen werden mußte, daß sie Weisungen von der französischen Regierung erhalten hätten und daß das französische Kabinett ihnen den stärksten Nischalt geben werde, um alle Spuren und alle Schuldigen aufdecken zu können.

Der Artikel bezeichnet es als unwahr, daß die Opposition die Person des Reichsverwesers in die Debatte hineinziehen wünscht. Genau das Gegenteil sei der Fall. Unzutreffend sei auch die Annahme, daß die Rassenschütler bereit wären, Bethlen zu unterstützen. Die Führer der äußersten Rechten stimmen mit der linken Opposition in der Erkenntnis überein, daß die Stellung Bethlens infolge seiner Fehler in der Frankenfällschung unhaltbar geworden sei. Eine glatte, objektive, den Interessen des Landes entsprechende parlamentarische Erledigung ist nur denkbar unter einem an dieser Sache völlig uninteressierten Uebergangskabinett, dessen einziger Punkt die Liquidierung der unglückseligen und skandalösen Sache ist.

Das unvermeidliche Dementi.

Budapest, 6. Feber. (A m t l i c h.) Der heutige Artikel des Grafen Emerich Karolhi im „Besteer Lloyd“, worin er die politische Verantwortung des Grafen Bethlen in der Frankenfällschung-Affäre feststellt, gibt den Oppositionellen Anlaß, über eine bevorstehende Kabinettskrise zu schreiben. Ein Wiener Blatt will sogar von Kontroverven zwischen den verfassungsmäßigen Faktoren wissen. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß kein Moment aufgeandert ist, aus welchem auf die Erschütterung eines der verfassungsmäßigen Faktoren mit Recht geschlossen werden könnte. Die hierauf bezüglichen Nachrichten sind vollständig grundlos. Graf Bethlen hat sich im übrigen vorbehalten, auf die Angriffe des Grafen Emerich Karolhi ebenfalls in einem Zeitungsartikel zu antworten.

Die deutsch-italienische Spannung. Mussolini über Südtirol.

Rom, 6. Feber. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Farinacci wegen der Rede des bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Held, antwortete heute am Schluß der Kammer Sitzung Ministerpräsident Mussolini, indem er darauf verwies, daß die faschistische Regierung in den letzten drei Jahren gegenüber Deutschland eine außerordentlich maßvolle Politik eingeschlagen habe. Er stellte die verschiedenen falschen Nachrichten über Südtirol gegenüber so z. B. über das Walther-Denkmal in Bozen. Er erklärte, er respektiere die deutsche Poesie, wenn sie dem Mittelalter angehöre. Aber er könne einen Vergleich Walthers von der Vogelweide mit Dante nicht zulassen, weil dies den Monte Pincio mit dem Himalaja vergleichen hieße. Er verwies sodann auf die falschen Nachrichten betreffend das Elisabethdenkmal in

Meran, betreffend die Faschisten einfälle und bezüglich der Weinachtsbäume. Niemand möge sich der Täuschung hingeben, daß Italien durch einen Reichsboykott eingeschüchelt werden könne. Italien lebe von etwas ganz anderem. Wenn morgen der Boykott praktisch betätigt würde, mit stillschweigender Zustimmung der verantwortlichen Behörden, würde Italien mit einem Boykott zum Quadrat antworten und auf eventuelle Repressalien mit Repressalien zum Kubus.

Er verwies ferner auf die Kundgebungen der Konfuln in Venedig und erklärte, daß die Rede Dr. Helds etwas von diplomatischem Standpunkt aus Unerhörtes sei. Eine Frage Deutsch-Südtirols bestünde nicht und Südtirol sei durch die Friedensverträge, u. zw. durch den Vertrag von Saint Germain von Oesterreich an Italien gekommen. Es sei unerhört, von Gewalttätigkeiten zu sprechen. Italien mache in Südtirol eine Politik der Italienität.

Die geplante Gehaltsreform der Lehrer.

II.

Eine ganz besondere Brutalität aber wird den Bürger-schullehrern gegenüber begangen, die außer der Lehrereifeprüfung und der Lehrbefähigungsprüfung noch eine besondere Fachprüfung abulegen haben, für welche sie sich derzeit durch den Besuch eines Kurses an der Hochschule vorbereiten. Sie wurden im alten Oesterreich immer durch Gewährung eines höheren Grundgehaltes und höherer Dienstalters-Zulagen für die schwierigeren Arbeiten an der Bürgerschule und für die höhere Vorbereitung besonders entlohnt. Der Mehrbetrag für den Dienst an der Bürgerschule betrug beispielsweise nach dem bisherigen Lehrgesetz vom Jahre 1904 von dem Tag des Dienstbeginns an sofort 400 K und steigerte sich bis zum Ende der Dienstzeit auf mindestens 1000 K. Auch für Böhmen und Schlesien war er in annähernd gleicher Höhe.

Jetzt, nach der neuen Vorlage — ausgearbeitet im Jahre 1925, also mehr als 20 Jahre später, unter den geänderten Feuerungs- und valutatorischen Verhältnissen — soll der Fachlehrer zunächst für den Dienst der Bürgerschule überhaupt keinen Mehrbetrag bekommen. Erst bei der nächsten Vorrückung, die unter Umständen auch erst drei Jahre nach der Zuweisung an die Bürgerschule erfolgen kann, soll er eine „Zulage“ bekommen von — sage und schreibe — 300 Kronen pro Jahr! Und im 28. Dienstjahr erhöht sich dann diese Zulage auf — 600 Kronen jährlich! Da neben die tschechischen Parteiführer in Versammlungen und bei festlichen Anlässen von dem hohen Wert und der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung der Bürgerschule, dieser Volksschule, aber wenn es sich um die Festsetzung der Lehrerbefehle handelt, da geben sie den Bürger-schullehrern Zulagen von 80 Heller täglich und erst wenn er schon 27 Jahre im Lehr-amte vollbracht hat, erhöht sich diese Zulage auf K 1.60 pro Tag! Da wird sich jeder Lehrer überlegen, sich zum Studium für die Bürgerschule vorzubereiten, die Bürgerschule wird keine geprüften Lehrer mehr haben und das bedeutet für sie natürlich den Verfall und den allmählichen Untergang!

Wahrlich ein Gesetz, das den gegenwärtigen politischen Machthabern ein Denkmal der Schande setzt!

Dass die Zulage der Schulleiter, Oberlehrer und Direktoren in derselben Höhe belassen wird, wie sie im Jahre 1913 — also vor 12 Jahren — durch den Lehrgesetzesentwurf für Böhmen festgelegt wurde, sei nur so nebenbei erwähnt!

Eine besondere Liebenswürdigkeit für die Lehrerinnen und Handarbeitslehrerinnen bedeutet die in dem Entwurf enthaltene Bestimmung daß in Zukunft eine Lehrerin, die infolge Verehelichung auf den Dienst verzichtet, keine Abfertigung mehr erhält, also ohne einen Heller Entschädigung aus dem Amte scheiden soll. Die Zeit eines Mutterschaftsurlaubes soll — so weit er drei Monate überschreitet — mit dem Verluste der Bezüge verbunden und weder für Vorrückung noch für die Pension eintreibbar sein.

Bekanntlich hätte die Beamten- und Lehrerorganisation im Wege von Beschwerden an das Oberste Verwaltungsgericht große Erfolge erzielt. Auf Grund der Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichtes erhielten dann die Beamten und Lehrer, die sich in gleicher Rechtslage befanden, große Nachzahlungen, die besonders bei den

Lehrern in die Millionen gingen, alles Beträge, die ihnen von den Schulbehörden widerrechtlich vorenthalten worden waren. Das soll in Zukunft anders werden. Wer nicht binnen 15 Tagen eine Einwendung gegen die Bemessung seiner Bezüge erhebt, soll den Anspruch auf nachträgliche Berichtigung seines Einkommens verlieren, auch wenn in einem gleichliegenden Falle das Oberste Verwaltungsgericht zu seinen Gunsten entscheidet. So soll der bisher von den Organisationen so erfolgreich geführte Rechtskampf in Zukunft überhaupt unmöglich gemacht und den Behörden so die Möglichkeit geboten werden, durch zu geringe Bemessung der Bezüge die Angestellten, Beamten und Lehrer aufs schwerste zu schädigen und an diesen so notwendigen Arbeitern widerrechtlich und ungesetzlich „Ersparnisse“ zu erzielen, die später durch kein gerichtliches Urteil mehr an den Benachteiligten zurückerhalten werden können!

Der Hauptzweck der beiden Gesetze ist nicht durchsichtig. Er liegt nicht in der nur für wenige Auserlesenen bestimmten Erhöhung der Bezüge, sondern vor allem darin, die beiden großen Gruppen geistiger Arbeiter, die Staatsbeamten und Lehrer, auch im tschechischen Volk in das Verhältnis der schwersten und drückendsten politischen Abhängigkeit zu versetzen und sie so politisch mundtot zu machen.

Ob es der Peitsche bzw. Desfika gelingen wird, dieses unerhörte Gesetz wirklich in der vorliegenden Form im Hause durchzubringen? Zweifellos wollte man ursprünglich die Gesetze zunächst als Köder für die Beamten im Wahlkampf verwenden, denn durch das bloße Aufzählen nicht erfüllter Versprechungen — das wußte man — wird sich auch die tschechische Beamten- und Lehrerschaft kaum dazu bestimmen lassen den Koalitionspar-teien die Stimmen zu geben. In der kurzen Zeit, die damals der Prüfung des Gesetzes den Beamten- und Lehrerorganisationen zur Verfügung stand, hoffte man durch die schamlos hohen Ziffern der Höchstgehälter die Beamten zu täuschen und zu blenden und glaubte, sie werden vorläufig nicht inne werden, daß die relativ gutdotierten Posten nur für die Junge-linge der Mehrheitsparteien reserviert bleiben werden! Vielleicht hat man es auch an Versuchen nicht fehlen lassen, den Leitern der Beamtenorgani-sation den Widerstand gegen die Vorlage, durch die die Beamtenrechte konfiskiert werden sollen, durch die Zusage persönlicher Vorteile bei der Ueberführung in das neue Gehaltschema abzu-laden. Bei den Lehrern war dies wohl nicht gut möglich, weil diesen die höheren Gehaltsstufen nicht einmal im Wege der Ernennung erreichbar sind. Offenbar fürchtet man die tschechischen Lehrer heute gar nicht mehr. Tatsächlich hat ihre Organi-sation durch ihre politische Zersplitterung lei-der jeden entscheidenden Einfluß verloren. So hielt die Regierung offenbar den Zeitpunkt für ge-kommen, die ihnen nach dem Umsturz gewährte Gleichstellung mit den Staatsbeamten ohne schmerzwiegende politische Konsequenzen auf-zuheben zu können.

Nun ist es aber doch anders gekommen als die Koalitionspar-teien meinten. Die Spekulation auf die Leichtgläubigkeit der Angestellten, Beamten und Lehrer hat fehlergeschlagen, der Täuschungs-ver-such ist misslungen, die Organisation hat den Entwurf in der vorliegenden Fassung abgelehnt.

Durch § 3 des Abbaugesetzes wurde der Re-gierung aufgetragen, den Entwurf über die Re-gelung der Bezüge der Staatsbeamten bis Ende De-zember vorzulegen. Diese Pflicht hat die Re-gierung schon dadurch schwer verletzt, daß sie den Entwurf dem alten Parlament nicht vor dessen Auflösung oder doch dem neuem Hause sofort in seiner ersten Sitzung vorgelegt hat. Weil es der

Anschein hat, will die Regierung in ungesetzlicher Weise die Einbringung der Vorlage auch weiterhin verzögern, aber die von den Lehrer- und Beamten-organisationen erhobenen Abänderungsforderungen, die sich im wesentlichen mit der vorstehenden Kritik an dem Entwurf decken — dennoch ableh-nen. Das ist natürlich ein unerhörtes Spiel, das man da mit den Beamten, Angestellten und Lehr-ern treibt. Wir richten daher an die Re-gierung die dringende Aufforderung, die notwendigen Verhandlungen mit den Beamten- und Lehrerorganisationen schleu-nigst durchzuführen und zum Abschluß zu bringen, und dann unter Berücksichtigung der Forderungen dieser Organisationen den Entwurf einer sofortigen Umarbeitung zu unterziehen. Bei anspruchsvollem Willen kann und wird diese Arbeit in längstens einer Woche fertig sein, denn die For-

derungen der Angestellten, Beamten und Lehrer sind ja der Regierung schon lange mitgeteilt wor-den. Nach Ablauf dieser Frist wäre der geän-derte Entwurf dem Parlament vorzutragen und wenn die wichtigsten Forderungen der Organi-sationen berücksichtigt werden, so wäre natürlich die Annahme im Hause längst zu bewerkstelligen. Daß das Gesetz rückwirkende Kraft auf den 1. Jänner 1926 erlangen muß, ist wohl selbstver-ständlich. In der ursprünglichen Form wird der Ges-entwurf die Zustimmung unserer Par-tei niemals erlangen, wir werden vielmehr im offenen Hause den unerhör-ten Entrenchungs- und Anebelungs-versuch, den man da an den Angestellten, Be-amten und Lehrern begehen will, mit voller Schärfe und Rücksichtslosigkeit aufzuheben und auf das leidenschaftlichste bekämpfen.

Empörung in Berlin

über die tschechischen Sprachverordnungen.

Berlin, 6. Februar. (Eigenbericht.) Mit der Sprachverordnung hat die tschechische Regierung ihrem Staate einen sehr zweifelhaften Dienst erwie-sen. Gatten schon die Massenemissionen deutscher Staatsangehöriger in Deutschland beginnenden Abbau der aus früheren Jahren datierenden Ab-neigung gegen das Tschechenum gehört, so haben diese neuen Eingriffe in die gesetzlich garantierten Minderheitsrechte dem Verständigungswerte für die nächste Zeit ein Ende bereitet.

Die ganze Presse ohne Unterschied der Partei-richtung berichtet ausführlich und in großer Aus-machung über dieses Ereignis, das eine Brutali-sierung darstellt, die der in der Gründungszeit ge-vägten Auffassung des tschechoslowakischen Staa-tes als einer „höheren Schweiz“ ebenso wie

den in der Verfassung feierlich verheißenen Min-de-heitsschutzvorschriften, den Friedensbestimmungen und dem Völkervertrage in Gegensatz schlägt und die eine so eigenartige Auswirkung des Locarnogeistes darstellt, zu dessen eifrig-sten Befürwortern sich auch Herr Beneš zählt. Man hat auch das Memoirentext des Präsidenten Masaryk genug gelesen, um zu ermaßen, wie wenig diese Sprachregelung mit dem humanistischen und demokratischen Bekenntnis des Präsidenten verein-bar ist.

Dieser Regierungskurs zeigt, wie die Parlamen-tarierin rücksichtslos die Minderheiten auszu-terhin rücksichtslos die Minderheiten auszu-nützen sucht, ohne die Rückwirkung auf das Empfin-den des großen Nachbarvolkes zu beachten.

Inland.

Eine traurige „Einheitsfront“

Stellt der „Deutsche Verband“ dar, den Landbündler, deutsche Christlich-sozialen, National-sozialisten und Gewerkspar-teiler am Freitag ge-gründet haben. Ganz abgesehen davon, daß aus dieser „Einheitsfront“, weil es sich nur um eine parlamentarische handelt, die Deutsche mo-kratie von vornherein ausgeschlossen erschienen, gehören ihr, wie wir ja bereits berichteten, auch die Deutschnationalen nicht an, die auf dem Mehrheitsprinzip bestanden und, da sie es nicht durchsetzen, sich leiserwärts in die Beschlässe schlugen. D mit ist also die Einheitsfront, für die alle deutschbürgerlichen Parteien und Kandi-daten im Wahlkampf eidkräftig auf ihre Schwerer schlossen, wieder einmal ins Wasser gefallen und an ihrer Statt ist aufgestanden nur die „Arbeits-gemeinschaft“ in neuer Auflage, nämlich plus Hofenkreuzler und minus Demokraten. Dieser ver-richtete Verband scheint den Deutschbürgerlichen selber wenig Freude zu machen. Der „Bohemia“ beispielsweise entrinot sich statt eines Jubelartikels der Ungezogene Stohleusefer (Titel über drei Spalten): „Und trotz allem keine Ein-heitsfront!“ Nämlich trotz der neuen Angriffe des tschechischen Nationalismus. Und der Artikel, den die „Bohemia“ zu der Gründung des „Deut-schen Verbandes“, der keiner ist, losläßt, Klingt weniger nach einem Geburtstagsgruß als nach einem Beileidsschreiben zum Tode eines Schwer-kranken, der trotz aller ärztlichen Bemühungen an innerer Verdrächtigkeit sankt im Herrn entschlafen ist. Es entspricht durchaus der Haltung der „Bohemia“, die eine deutschdemokratische und eine deutschnationalistische Herzkammer hat, daß sie von dem

um die Demokraten verkleinerten „Aktivistischen“ Verband nicht begeistert ist und sich lieber an die Seite der Deutschnationalen stellt, von denen die „Bohemia“ behauptet, daß ihre, nämlich der Deutschnationalen Anschauung über die Verfassung eines deutschbürgerlichen Verbandes „dem allge-meinen Volksempfinden mehr entgegenkam“. Aber ist es nicht possierlich, nein, tragikomisch, zu sehen, wie schon am Tage nach der Gründung des neuen parlamentarischen Verbandes die Richtungen so-fort wieder gegeneinander auftraten? Wie man gar keinen Versuch macht, die Gegensätze, die man doch im Namen des Deutschstums unbedingt über-brücken wollte, auch nur einen Tag zurückzustellen? Nun wird es für jeden augenfällig, wie innerlich un-wahr so wie alles frühere Einheitsfrontgerede auch die letzte, pathetische, heldenhafte Gemein-schaftsschwur war, zu dem sich die Herrschaften vor dem Wahltag fanden. Jetzt geht das Satir-spiel von vorne an. . .

„Ceste Slovo“: Für die Sprachverordnungen ist die gesamte Koalition verantwortlich! Das Abendblatt des „Ceste Slovo“ schreibt an auf-fälliger Stelle: „Eine Sache würde einer Aufklärung wert sein. Einige Blätter bringen die Nachricht, daß die sozialdemokratischen Mini-ster mit Absicht das neue Sprachgesetz nicht unterzeichnet hätten, um gewissermaßen gegen den Inhalt des Gesetzes zu protestieren. Außer dem verurteilen sie die Erlasse, die von den Ministern Střibny und Franke im Eisenbahn- und Post-ministerium ausgegeben wurden. Es werde viel-leicht noch eine eigene Sprachverordnung für den Verkehr mit den Parteien (nicht für den inneren Dienst) ausgegeben werden. Wir erachten es als eine ausgeschlossene Sache, daß gerade in diesem Falle ein Versteckenplay betrieben wird. Die Sprachverordnung hat die Regierung er-

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig 1925.

Die Goldwäscher am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska

44 von Emil Droonberg.

In diesem Augenblicke war auch das nächst-folgende Floß an der Seite des feststehenden an-gelagt und Kane, der längt mit einem aufge-rollten Tau über dem Arme bereitgestanden hatte, sprang auf dieses hinüber und gab Escher das Ende des Taus in die Hand, noch ehe Paterson anfing, ein solches von den Schlitzen zu lösen.

Geführt von der Strömung und mit einem Duzend kräftiger Schwimmtische nachhelfend, er-reichte Escher Eileen, die, als sie sah, daß Escher ihr zu Hilfe kam, ihrer weiteren Abstrift Wider-stand entgegensetzte, wenn auch nur mit gerin-gem Erfolge.

„Eileen!“ stammelte er, und dann schwieg er plötzlich, denn er traute sich nicht, noch ein ein-ziges Wort mehr zu sagen.

Aber sein Arm umschlang ihren Oberkörper, und den jungen, biegsamen Mädchenleib an sich pressend, glaubte er dessen Wärme wie einen magnetischen Strom durch die dicke Kleidung hindurch fühlen zu können, als Paterson und Kane sie beide mit vereinten Anstrengungen nach dem Floß zu ziehen begannen.

Sald hatten sie es erreicht und Kane half Eileen aus dem Wasser. Escher machte sonder-barerweise keinerlei Anstalten, es zu besteigen, sondern hielt sich nur am Rande fest.

Kane glaubte, daß er wohl seiner schweren, voll Wasser geflogenen Kleidung wegen nicht in-stande sei, sich selbst zu helfen und reichte ihm die Hand.

Escher winkte aber ab. „Noch nicht“, sagte er.

Dabei füllte er seine Lungen tief mit Luft und tauchte noch einmal unter.

Es dauerte eine geraume Weile, ehe er wie-der zum Vorschein kam. Als es geschah, hatte er eine an einem Tau befestigte eiserne Brech-stange in der Hand, die er auf das Floß warf, das sich bereits wieder, kaum daß jemand das gewahr geworden war, in Bewegung gesetzt hatte.

Er selbst klonn schwer atmend auf das Floß. „Was bedeutet das?“ fragte Kane. „Nicht mehr und nicht weniger, als einen neuen Schurkenstreich dieses Salunkens.“

„Welches Salunkens? Lynn?“

„Welcher sonst? Ich hoffe, es sind nicht so viel Salunkens hier herum, daß man darüber lange im Zweifel sein könnte. Als ich ins Was-ser stürzte und mit den Armen um mich warf, schlug ich gegen ein Tau, das an einem der Stämme befestigt war und in schräger Rich-tung straff in die Tiefe reichte. Das war auffällig, denn es war mir sofort klar, daß wir an dem Tau irgendwie verankert waren. Es war auf jeden Fall die Ursache, daß wir hier festge-fahren waren. Ich bin deshalb noch einmal unter-getaucht, habe mich an dem Tau entlang gefühlt und hier ist das, was ich an seinem Ende fand, zwischen zwei Felsstücken eingeklemmt. Niemand anders als der Schuft Lynn hat das getan. Er hat sich in der Nacht an das Floß geschlichen, das Brecheisen an das Tau gebunden und ins Wasser ver-festigt und das andere Ende des Taus an einem der Stämme befestigt. Da wir die Stämme ja auch mit unsern eigenen Tauen zu-sammengebunden haben, fiel das nicht auf. Wer konnte denn schließlich auch auf einen solchen Streich vorbereitet sein?“

„Deshalb ruckte das Floß so im Anfange, weil das Brecheisen im tiefen Wasser nach-

schleppte und manchmal an Steinblöcken hängen blieb!“ rief Eileen empört.

„Ja, nur deshalb“, bestätigte Escher. „Und als wir in leichteres Wasser kamen, hatte es sich einfach fest. Entsetzlich, der Schuft, das muß man ihm lassen.“

„Jetzt weiß ich wenigstens, warum der Kerl so erpicht darauf war, mit seinem Floß gleich hinter Ihnen herzufahren. Er gedachte Ihr Floß zu rammen und es in Stücke zu brechen oder doch wenigstens die Stämme auseinander-zureißen, was ja genau dasselbe bedeutete. An etwas Nebenliches hatte ich ja gedacht und des-halb auch dafür geforgt, daß ich ihn dicht auf den Felsen war. Daß er die Sache aber so gut vorbereitet haben würde, hatte ich mir doch nicht vorgestellt. Ein kleiner Fehler war aber in seiner Kalkulation. Er hatte nicht damit gerech-net, daß Ihr Floß unter dem Zug, den das Tau auf die eine vordere Ecke ausübte, hinten aus der Strömung schwingen und sein Floß ohne den er-hofften Zusammenprall vorbeischnappen lassen würde. Aber auch so wäre ihm seine freundliche Absicht bald gelungen, denn daß Sie und Miß Malony hier mit einem kalten Bade davon ge-kommen sind, ist nicht seine Schuld.“

„Und was nun?“ fragte Escher finster.

„Was nun?“ wiederholte Kane achsel-zuckend. „Wollen Sie unsere Freunde hier zu einem Lynchgericht zusammenrufen? Das würde freilich kurzen Prozeß mit dem Burschen machen, aber ich zweifle, daß Sie genug Teilnehmer dazu zusammenbringen können. Die Leute haben hier alle mit sich selbst genug zu tun. Und für ein ordentliches Gericht, selbst wenn eins da wäre, fehlen Ihnen die Beweise. Es ist ganz sicher, daß Lynn die Schurkerei verübt hat. Können Sie aber beweisen, daß er es war und kein anderer? Nein, ich weiß für den Augen-blick keinen andern Rat, als daß sie sich außer-ordentlich vorsehen, denn er wird immer eine

Art und Weise finden, Ihnen eins auszuwichen, die ihn als Urheber stets aus dem Spiele läßt, wenigstens was die Beweise zu seiner Ueberfüh-rung anbetrifft.“

„Wir müssen ihn aus dem Wege gehen“, riet Eileen.

„Damit wird er nicht einverstanden sein. Er nimmt ein zu großes Interesse an Ihnen und wird immer dort sein, wo Sie sind. Aus welchem Grunde, darüber bin ich mir noch nicht klar. Bosheit und Rachsucht sind es allein aber ganz sicher nicht. Das ist für Leute seiner Art ein Luxus, den sie sich nur in beschränktem Maße gestatten, weil er sich schlecht bezahlt. Er muß noch andere Motive haben, denn er arbeitet viel zu systematisch und ausdauernd. Ich denke, in Dawson wird sich das Rätsel lösen. — Aber ich aufsprach!“ Da ist der Landungsplatz, und nun gib's auf, bald ein Feuer für Ihre nassen Sachen.“

XIV.

Dr. Lynn interessiert sich für Eschers Handschrift.

Nach einer Reise, die von Juncau im ganzen vier Wochen in Anspruch genommen hatte, er-reichte man endlich Fort Selford.

Obwohl der Frühling mit Nacht ins Land kam und die Wege durch das nun bald zu er-wartende Tauwetter schwer und an Stellen gewiß völlig unpassierbar zu machen drohte, hatte man sich doch entschlossen, hier einen oder zwei Tage Rast zu machen. Escher wollte die Gelegenheits-be-nützen, vor seiner Weiterreise nach Dawson erst wieder einen Bericht für den „Examiner“ zu schreiben, und auch Eileen und Mrs. Paterson hatten eine Rast nötig, um ihre Kleidung aus-zubessern, die auf dem Trail bedenklich gelitten hatte.

(Fortsetzung folgt.)

lassen, in der auch die Sozialdemokraten ihrer Stärke nach vertreten sind. Die Verantwortung für dieses Gesetz trägt die gesamte Regierung. Welchen Sinn haben also gewisse Unterschriftsdekorationen. Es wäre also hoch an der Zeit, wenn die Sozialdemokraten sich endlich bekennen würden, ob sie für die Sprachenverordnung einstehen oder nicht, denn darauf wartet bereits der größte Teil der tschechischen Öffentlichkeit."

Das „Narodni Svobozeni“ bläst in die Koalitionsföfke! Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß die tschechischen unabhängigen Blätter, die sonst in nationaler Hinsicht vernünftiger sind als die chauvinistischen Koalitionsblättern, bei Herausgabe der Sprachenverordnungen in das Horn der Koalition blasen. „Narodni Svobozeni“ ruft „Endlich Arbeit“ und begrüßt die Sprachenverordnungen. „Bei einem guten Willen“ — heißt es dann weiter — „der sich eventuellen späteren oder nachträglich ergänzenden Korrekturen nicht verschließt, könnten die Sprachenverordnungen zur Wählung nationaler Anstimmigkeiten im Staate führen. Es scheint aber, daß von diesem guten Willen, wenigstens auf deutscher Seite, nicht viel vorhanden ist, die deutsche Presse hat gegen die Bestimmungen einen Verweissungsschrei erhoben, als ob es um die Entziehung aller Minoritätsrechte ginge. Einmütig hat sie die Sprachenverordnungen abgelehnt. Die Zeit reicht kaum hin, um das lange Exzerpt zu überlesen, aber sie genügt den deutschen Politikern, um es mit einem Schlage zu verwerfen. Das sieht wahrlich so aus, als wenn sie die Ablehnung vorbereiter gehabt hätten. Wie gewöhnlich, so sind auch die Deutschen diesmal wenig sachlich und wenig nichtern: ihr Sentiment hat das Übergewicht über Erwägung und ruhigen Urteils. Schon bei oberflächlicher Betrachtung der Bestimmungen ist es klar, daß sie gegenüber dem bisherigen Stande auch für die Minoritäten bedeutende Vorrechte (!) und Vorteile bedeuten. Fälle, wie sie bei einzelnen Kantonen geschehen sind, daß deutsche Veilagen zu bestimmten Eingaben nicht zugelassen worden sind, sind nach den Sprachenverordnungen in Zukunft ausgeschlossen. Die Deutschen dienen ihren Interessen schlecht, wenn sie sich exklusiv unkritisch (!) benehmen. Mit leerem Geschrei werden sie der Republik keinen Schaden zufügen, sondern sich bloß allein. Denn im Lärm vernehmen auch Stimmen und Einwendungen, die sachlich sind."

Die Anerkennung Sowjetrußlands, die für gestern allgemein erwartet wurde, ist neuerdings verschoben worden, da angeblich noch formelle Schwierigkeiten zu beseitigen sind. Man will offensichtlich durch die sofortige Publikation der Anerkennung Sowjetrußlands nicht die ziemlich wahrscheinlichen Vermunungen bestätigen, daß sich die Nationalen ohne ihre Zustimmung hierzu durch die Sprachenverordnungen ablaufen lassen.

Die Sprachenverordnungen betreffen sich — was freilich zu nennen durch ein Versehen unterließ — auf folgende Ministerien und die ihnen unterstehenden Organe: Inneres, Justiz, Handel, Finanzen, öffentliche Arbeiten und Gesundheitswesen.

Die empörende Horthy-Justiz gegen Sozialdemokraten.

Vor wenigen Wochen ist der ungarische sozialdemokratische Abgeordnete Peyer, weil er eine Amnestieverordnung der Regierung öffentlich kritisiert hatte, zu sechs Monaten Gefängnis, zehn Millionen Geldstrafe, drei Jahren Ehrverlust und zur Sicherung seiner politischen Rechte verurteilt worden. Gestern wurde gemeldet, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Knaller zu drei Millionen ungarischer Kronen verurteilt wurde, weil er seinem Unmut darüber Ausdruck gab, daß wegen der Durchfuhr Horthys durch einen Bahnhof eine Menge Leute (darunter Knaller) in ein Wartezimmer gesperrt wurde und zugleich kam die Meldung, daß der Redakteur der sozialdemokratischen „Nehada“, Székely, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er geschrieben hatte, daß die ungarische Justiz mit verschiedenen Mähen mißt und daß es naiv ist, von einem unabhängigen ungarischen Gericht zu sprechen.

Dieses letztgenannte Urteil übertrifft an Ungehörlichkeit all das, was die Horthy-Justiz bisher geleistet hat. Die ganze Welt weiß, was man sich heute unter einem ungarischen Gericht vorzustellen hat; in diesem Lande geschieht die lapidalesten Verbrechen unter Pundung, ja unter Mithilfe der Regierung (siehe die Französischungen)! Wenn aber ein Sozialdemokrat die Justiz, die ja dieses System am deutlichsten wiederpiegelt, nur mit einem Worte kritisiert, wird er verurteilt und die „unabhängigen“ Gerichte verurteilen ihn, wie der Fall Székely beweist, in grausam harten Kerkerstrafen und die weiße Bestie wird wahrscheinlich noch über diese „Milde“ wild werden, denn Székelys drei Jahre könnten sich ja neben dem Ende seines Kollegen Szomogyi noch immer sehen lassen!

Nächst der Justiz ist die Person Horthys das ungarische Ding Nühr-mich-nicht-an. Die Kritik Peyers an der Amnestieverordnung hat die gehäßigte Person des Reichsverweisers verletzt — sechs Monate, Geldstrafe, Verlust aller politischen Rechte! Ja, man braucht nur den Mund über Horthy aufzutun, ohne ihn zu loben, — Fall Knaller — und man wird schon bestraft. Sozialdemokraten sind vogelfrei in Ungarn wie in Italien. Doch Druck erregt Gegenbrand. Auch das Maß Horthys und Mussolinis wird einmal voll werden

Entsetzliches Arbeitsloseneleid im Böhmerwald

Ein Hilferuf an das Ministerium für soziale Fürsorge.

Ueber dringliches Ersuchen der Bezirksorganisation Ronsperg hat der Parteivorstand durch einen Vertreter Erhebungen über die Lage der arbeitslosen Saisonarbeiter in den deutschen Gebieten der Bezirke Taus, Ronsperg und Hoftau (oberes Böhmerwaldgebiet) anstellen lassen. Das erste Ergebnis dieser Informationsreise ist nachfolgendes Memorandum des Klubs unserer Abgeordneten und Senatoren, das am Samstag dem Ministerium für soziale Fürsorge übermittlelt wurde.

An das Ministerium für soziale Fürsorge, Prag.

Der gefertigte Klub der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sieht sich veranlaßt, die Aufmerksamkeit des Ministeriums für soziale Fürsorge auf den katastrophalen Notstand der Arbeiterbevölkerung der Gerichtsbezirke Ronsperg, Hoftau und Taus in Westböhmen zu lenken. Es handelt sich hauptsächlich um die deutschen Waldgemeinden: Grafenried, Mautshaus, Reid, Kronau - Stosau, Schwarzach, Waier, Rindl (Gerichtsbezirk Ronsperg), Alibünten, Blöz, Eisendorf, Gorfahin, Weihenfulz, Heiligenkreuz, Mutterdorf, Witterst, Wasseran, Berg (Gerichtsbezirk Hoftau), Bollman, Fichtenbach, Brennet, Sophienthal, Heinrichsberg, Haselbach, Wasserspuppen (Gerichtsbezirk Taus), welche zusammen über 3000 Arbeitslose beherbergen, die sich wie folgt verteilen:

Gerichtsbezirk Ronsperg . . .	2000
„ Hoftau	780
„ Taus	500

Die Entwicklung der letzten Jahre hat die Existenzquellen dieser Menschen und ihrer Familien vollkommen verschüttet. Sie wurden einst von den Gutsherrschäften in dichter Zahl in einem unwirtlichen Waldgebiet angesiedelt und in zahlreichen kleinen Glashütten beschäftigt. Als vor zwei bis drei Jahrzehnten diese kleinen Glaserzeugungsbetriebe mit wenigen Ausnahmen der großindustriellen Konkurrenz erlagen, schwand damit die Haupterwerbsmöglichkeit der dortigen Bevölkerung. Soweit die Arbeiter nicht bei den einheimischen Großgrundbesitzern Beschäftigung finden konnten, gingen sie als Saisonarbeiter nach Deutschland, hauptsächlich nach Bayern und Sachsen. Der damalige große Bedarf an unqualifizierten Arbeitskräften bot ihnen bei Neubauten, Erdarbeiten, wie auch in der Industrie und Landwirtschaft Verdienst, wovon sie die Ersparnisse im Winter daheim mit den Familien verzehrten. Ueber die Arbeitslosigkeit der Wintermonate half vielfach die von Frauen und Kindern betriebene Spigenklöppelei hinweg, welcher Zweig der Heimarbeit in dem bezeichneten Gebiete sehr stark verbreitet ist.

Da kam der Weltkrieg. Die Hungersnot wütete in diesem ertragarmen, auf fremde Zufuhren angewiesenen Grenzgebiete furchtbar und ließ ihre Opfer in einem Zustande schwerer physischer Erschöpfung und Unterernährung zurück. Das Elend fand nach dem Kriege keine Fortsetzung in der Form einer allgemeinen Arbeitslosigkeit. Die Milledre zu den reichsdeutschen Arbeitsplätzen machten die Grenzschwierigkeiten und die Valutenschwankungen für die überwindende Zahl der Betroffenen unmöglich, die Arbeitslosigkeit im Inlande ließ den Arbeitern dieses entlegenen Gebietes keine Erwerbsmöglichkeiten im weiteren Inlandsbereich finden. So waren sie durch Jahre hindurch teils auf den Bezug der staatlichen Arbeitslosenunterstützung, teils auf die Beschäftigung bei Notstandsarbeiten, teils auf Gelegenheitsarbeiten (Hofensplüde, Getreide- und Rübenerte) angewiesen. Auf keiner Seite reichte das Einkommen weiter als zur Bestreitung des dringendsten Nahrungsbedarfes. Bei den Notstandsarbeiten wurde beispielsweise

Kommunistische Freiheit.

Die Leningrader Jugendorganisation aufgelöst!

Aus Moskau wird gemeldet: Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat beschlossen, die Leningrader Jugendorganisation der Kommunistischen Jugendbewegung aufzulösen und neu zu bilden. Der Führer dieser kommunistischen Jugendverbände wird abberufen und ins Innere Rußlands verschickt. Außerdem werden auch die kommunistischen Jugendorganisationen in Charlow, Kiow, Tamoow und Cherson aufgelöst.

Zum besseren Verständnis dieser Meldung diene Folgendes: Die „Leningradskaja Prawda“ berichtet (seit erst!) über einen Beschluß der kommunistischen Jugendorganisation (Komsomol) der Leningrader Ortsgruppe der KP, bereits in der ersten Jännerhälfte zu gunsten der Opposition. Diese Konferenz verwarf mit 16 gegen 8 Stimmen den Vorschlag eines Mitgliedes, die Resolutionen des Parteikonferentes anzunehmen und sich ihnen zu unterwerfen, d. h. sie entschied sich für die Linie der Opposition. Die „Leningradskaja Prawda“ widmet dieser so spät bekanntgewordenen Konferenzent-

schlüssel durchwegs nur um den staatlichen Zuschuß von K 9.— täglich (abzüglich Krankengeld) gearbeitet, welcher Betrag für Brot und Kartoffel nicht hinreichte, indessen an eine Nachschaffung von Kleider, Wäsche, Hausrat etc. überhaupt nicht zu denken war. So sind die Menschen durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre furchtbar hinuntergekommen und dabei völlig verarmt.

Das Elend der Arbeitslosen hat aber erst in diesem Winter seinen Gipfel erreicht.

Die staatlichen Zuschüsse für die Notstandsarbeiten sind verfiel, diese Arbeiten durchwegs eingestellt. Das Arbeitslosenfürsorgegesetz nach dem „Genter System“ hat die Leute außerhalb der staatlichen Arbeitslosenfürsorge gestellt, weil ihnen zu 99 Prozent der Erwerb der gewerkschaftlichen Konzeption unmöglich ist. Das von einer schweren Inflationstiefe heimgeführte Deutschland hat die Bayern- und Sachsengänger zu früher Heimkehr gezwungen. Die in Deutschland herrschende Arbeitslosigkeit läßt den Wiederantritt ausländischer Arbeitsstellen für die nächsten Monate nicht erhoffen. Dazu kommt noch, daß die Waldarbeit in den Forsten des Großgrundbesitzes bis auf geringe Ausnahmen ruht, da mit den großen Schlägerungen der verlassenen Konnenjahre die Bewirtschaftungspläne überschritten wurden. Dazu kommen ferner noch lokale Ursachen, wie die Verdrängung der Holzschachtelerzeugung im Gebiet von Wasserspuppen durch maschinelle Konkurrenz, wie die Auflösung der Glasschleiferei und Spiegelfabrik in Fichtenbach. Wären diese Verhältnisse schon an und für sich geeignet, ihre menschlichen Opfer zur Verzweiflung zu treiben, so hat noch ein weiteres Moment mitgeholfen, eine soziale Katastrophe über das Gebiet hereinbrechen zu lassen. Die Spigenklöppelei, die in schweren Zeitläufen der letzte Rettungsanker dieser Dorfproletariat war, befindet sich in einer scharfen Abwärtsphase. Fertige Spigen sind entweder gar nicht, oder nur gegen eine Paqabelle von Entlohnung anzubringen, wobei die Händler die Spigen grundfähig nur gegen Ware eintauschen.

Derart sind gegenwärtig in dem betreffenden Gebiete die Verhältnisse beschaffen. Geradezu unbesehrlich ist die Notlage der dortigen Arbeiterbevölkerung.

Die Menschen sind unterernährt wie in der schlimmsten Kriegszeit. Kartoffel, Wassertuppe und Eichoriedbrühe sind ihre regelmäßige Nahrung. Vieles fehlt nicht nur das Brot für die Erwachsenen, sondern auch die Milch für die Kinder und Säuglinge. Zahlreiche Familien haben nicht einmal mehr Kartoffeln vorrätig. Die Väter müssen betteln gehen, um ihre Kinder vor dem Hungertode zu bewahren. Manche Arbeitslose haben nicht einmal mehr ein Hemd am Leibe. Schulkinder besitzen nicht die notdürftigen Kleider, ja oft nicht einmal Holzpanntöfel für den Schulweg. Kranke, fieber ohne ärztliche Hilfe und Behandlung dahin.

Die Armenpflege der Waldgemeinden, die infolge solcher Belastung Umlagen bis zu 2000 Prozent aufweisen, kann dem Elend nicht steuern. Die hohen Umlagen treffen wieder jene Arbeitslosen, die eine kleine Realität besitzen und dann die Steuern nicht bezahlen können. Das Erscheinen des Steuerexzektors beschließt in solchen Fällen die Tragödie.

Nach alledem ist verständlich, daß die Arbeitslosen, die dem bittersten Hungerleid überantwortet sind, auch keine Mittel für die Anschaffung von Brennstoffen haben. Sie leben mitten im Wald, aber wenn sie sich Holz von dort holen, werden sie von Hegers und Gendarmen aufgegriffen, angezeigt, wegen „Diebstahl“ abgerichtet, mit Arrest und Wahlrechtsverlust bestraft. Dasselbe trifft Arbeitslose, die Besenruten aus dem Walde holen, um dann die gebundenen Besen gegen Lebensmittel

schlepfung einen langen Leitartikel, in dem sie in bestigter Sprache ihrer Empörung darüber Ausdruck gibt, daß die kommunistische Jugend Leningrads durch ihre Leiter eine derartige Stellungnahme zu beschließen gewagt hat. Ueberall in den Parteizellen sei die falsche Richtung der Opposition erkannt und gebrandmarkt worden und da dreiste sich die Jugend, bei den Irretümmern und Vorurteilen der Vorkongresszeit zu verharrern. Das Blatt drückt die Hoffnung aus, daß die Mehrheit des Komsomol von Leningrad diese ihre Führer sehr bald verlassen und sich zu den Beschlüssen der Parteimehrheit bekennen werde.

Dierzu scheint bereits eine energische, wohl von „oben“ gelenkte „Belehrungsarbeit“ in den Reihen des Komsomol eingesetzt zu haben. Es ist schon gelungen, die Jugendorganisation des Krasny Putilowez umzustimmen und zu einer Loyaltätsklärung zu bewegen; in anderen Betrieben und Zellen wird noch lebhaft gekämpft. Der bevorstehende allgemeine Kongress des Komsomol wird ein genaueres Bild der Lage innerhalb des Parteinauwachses geben.

Wie man den Sieg der Wahrheit auf diesem Kongress vorbereitet, das zeigt die obige Meldung über die Auflösung der Leningrader Jugendorganisation sehr deutlich . . .

eintauschen zu können. Sie werden bestwegen vor Gericht zitiert und in einzelnen Fällen (Gemeinde Mautshaus, Bezirk Ronsberg) wegen „Vandalendiebstahl“ dem Kreisgericht überantwortet. Es muß aber hier bemerkt werden, daß es nur der ungeheueren Geduld und der anerkenntenswerten Rechtschaffenheit dieser Menschen zu verdanken ist, wenn Eigentumsdelikte bisher nur ausnahmsweise vorgekommen sind. Mit verschwindenden Ausnahmen sind die Arbeitslosen durchwegs ehrliche, arbeitswillige Elemente, die nur den einen Wunsch haben, sobald als möglich Verdienst zu finden und in erträglichen Lebensverhältnisse zurückzuführen.

Gegenüber diesem unverfäulenden Unglück von mehreren tausend Familien erwächst dem Staate die Pflicht zu unverzüglicher und ausreichender Duelleistung. Es muß auf die betroffene Bevölkerung verbitternd wirken, wenn jenseits der Grenze im tschechischen Gebiete jeder bedürftige Arbeitslose eine angemessene Bekümmertstützung bezieht, während sie hilflos ihrem traurigen Schicksal überlassen bleibt. Hier liegt eine empfindliche Lücke in unserer öffentlichen Arbeitslosenfürsorge vor, welche die Einleitung außerordentlicher Hilfsmaßnahmen durch die staatlichen und autonomen Behörden vollauf rechtfertigen würde. Aus diesen Erwägungen heraus richtet der unterfertigte Klub an das Ministerium für soziale Fürsorge das dringliche Ersuchen, um rasche Einleitung einer großzügigen Hilfsaktion für das geschilderte Elendgebiet. In Anbetracht der vorliegenden Verhältnisse empfiehlt der unterfertigte Klub die Hilfsaktion in zwei Teile zu gliedern:

1. Bekämpfung der Hungersnot.
2. Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten.

Hierzu wird vorgeschlagen:

ad 1. Gewährung einer außerordentlichen Notaushilfe für die Bedürftigen Familien, Beschaffung von Lebensmitteln und Bekleidungsstücken für die Notleidenden, Ausspeisung der Arbeitslosenlinder in Schulküchen.

ad 2. Fertigstellung der angefangenen Notstandsarbeiten (Straßenbauten) durch Subventionen des Staates und der autonomen Bezirke. Behördliche Einwirkung auf die Besitzer der beschlagnahmten Wälder des Notstandsgebietes betreffs unentgeltlicher Brennholzföahrung, Einleitung von Forstkulturarbeiten und Znan-griffnahme von neuen Schlägerungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Einleitung einer planmäßigen Aktion zur Arbeitszuweisung im In- und Auslande.

Zur Durchführung der Hilfsaktion wird die Bildung zweier Hilfsausschüsse für je das Gebiet der politischen Bezirksverwaltung in Bischofteinitz und Taus vorgeschlagen, denen anzugehören hätten: je ein Vertreter der politischen Behörde, der beteiligten Bezirksverwaltungskommissionen, der tschechischen Jugendfürsorgestellen, der Arbeitslosen und schließlich des zuständigen Unterverbandes der Krankenkassen. Die Hilfsausschüsse hätten die Aufgabe, durch ihr Wirken an Ort und Stelle die Auswahl der hilfbedürftigen Arbeitslosen vorzunehmen, die Verteilung der Hilfsmittel zu überwachen und schließlich die Ausspeisung der Schulkinder im Einvernehmen mit den Gemeinden und Schulverwaltungen in die Wege zu setzen. Sie hätten ferner die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten zu überprüfen und den zuständigen Behörden bezüglich der Einleitung, beziehungsweise Fortführung von Notstandsarbeiten Vorschläge zu unterbreiten.

Der unterzeichnete Klub behält sich vor, in Bezug auf eine dauernde Besserung der sozialen Verhältnisse dieses verarmten Grenzgebietes noch weitere Vorschläge zu erstatten, glaubt aber schon jetzt betonen zu müssen, daß Maßnahmen zur Hebung der Klöppelindustrie oder Ersetzung dieses Erwerbezweiges durch einen anderen gesicherten Zweig der Heimarbeit geboten wären. Ferner wird darauf hingewiesen, daß im Zusammenhange mit der Enteignung der beschlagnahmten Grenzwälder Maßnahmen ergriffen werden könnten, welche an Stelle einer ausgedehnten Holzautoföhr (Rohstoffautoföhr) nach Bayern, wie sie gegenwärtig betrieben wird, Möglichkeiten einer industriellen Verwertung dieser Holzmassen im Inlande und zugleich die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten zum Ziele haben mühten.

Der unterfertigte Klub stellt es dem Ministerium für soziale Fürsorge anheim, die vorstehend geschilderten Tatsachen, wie sie von seinen Gewährsmännern an Ort und Stelle erhoben wurden, durch amtliche Organe überprüfen zu lassen, ja es wäre die Entsendung einer amtlichen Untersuchungskommission sogar sehr erwünscht. Es sei nur in diesem Zusammenhange der Wunsch ausgedrückt, daß mit dieser Kommissionsführung keine Verzögerung der Hilfsaktion verbunden wird und daß die mit der Mission beauftragten Amtorgane mit den notleidenden Arbeitslosen direkt in Rührung treten. Zudem er die diesbezüglichen Entscheidungen dem freien Ermessen des Ministeriums überläßt, spricht er um Schluß die bestimmte Erwartung aus, daß dieser Not-schrei nicht ungehört verhallen wird und daß durch ausgiebige Hilfsmaßnahmen der drohende Hungertod von tausenden unglücklichen Arbeiterfamilien noch rechtzeitig verhinbert wird.

Prag, am 6. Februar 1926.

Unterschriften:

Die vielen erschütternden Einzelheiten dieser Arbeitslosentragedie sollen in unserer Parteipresse unter Verwertung von photographischen Aufnahmen durch eine Aufsatzreihe geschildert werden.

Erklärung.

Zu dem im „Sozialdemokrat“ Nr. 140 vom 16. Juni 1925 unter dem Titel „Deutschnationale Flugblätter gegen Lodman...“

Die Redaktion.

Tagesneuigkeiten.

Zu dieser Sprachverordnung.

Die Tschechen und vor allen die, denen es am wenigsten anstcht, berufen sich gern auf die revolutionäre und humanistische Vergangenheit ihres Volkes.

„Nur ein Ziel schwebt vor unsern Augen: das Heil der Menschheit und wie alle zurückgeführt werden möchten zum Streben nach dem alle umfassenden Heil, zur einfachsten Wahrheit, zum tiefsten Frieden in allen Dingen.“

„Kommet alle, denen eure und eures Geschlechtes Wohl am Herzen liegt, aus jedem Volk, von jeder Zunge und jeder Seele — ihr alle, die ihr euch nach dem Besseren schneht!“

Und dreieinviertel Jahrhundert nach Comenius erläßt Herr Svehla die Sprachverordnungen, die auf jedes dieser Worte wie die Faust aufs Auge wirken!

Was ist's mit der Abkürzung der Militärdienstzeit?

Das Wehrgesetz der Tschechoslowakischen Republik setzt die Militärdienstzeit auf vierzehn Monate fest, bestimmte aber für die Uebergangszeit, daß die Soldaten nach Ablauf dieser Dienstzeit noch vier Monate aktiv nachzudienen haben, im ganzen also achtzehn Monate unter Waffen sein müssen.

Wenn die Militärverwaltung „nicht vorbereitet“ ist, so würde das nur beweisen, daß man im Kriegsministerium in den fünf Jahren, während man doch genug Zeit zur Vorbereitung hätte finden können, keinen Augenblick ernstlich an die Erfüllung dieser verfassungsmäßigen Pflicht gedacht hat.

Die afrikanischen Regier würden es sich, wie das Zizlower Wochenblatt „Volne Slovo“ feststellt, nicht gefallen lassen, wenn sich in irgendeiner Regierstadt folgendes zuegetragen hätte: Im Ambulatorium des Prager Krankenhauses starb am 4. Dezember 1925 der Zizlower Bürger Josef Stáská.

Journalle.

Enthüllungen über das „Neue Wiener Journal“.

In Wien hat soeben die erste Verhandlung in einem Prozesse stattgefunden, der auf die Verhältnisse in der bürgerlichen Presse, ein beachtendes Licht wirft.

Herr Bruno Wolf, ein Redakteur des „Neuen Wiener Journal“, hat nun mitgeteilt, daß Pössl seine Stellung im Blatt zu veränderlichen Handlungen mißbraucht habe und schließlich als Expresseur und Revolverjournalist entlarvt worden sei.

Deshalb klagte Pössl den Herrn Wolf wegen Ehrenbeleidigung. In der Verhandlung, die vor dem Bezirksgericht Diebing stattfand, begann die Durchführung des von Wolf geführten Wahrheitsbeweises.

Wie Anzeigeninserte zustande kommen.

Wolf behauptete, Pössl habe über die Versicherungsgesellschaft „Universal“ im „Neuen Wiener Journal“ einen Artikel veröffentlicht, der über den finanziellen Stand dieser Gesellschaft sehr ungünstige Mitteilungen enthielt.

Der Regierungsrat.

Wolf behauptete weiter: Pössl hat sich beim Sektionschef Bergmann vom Handelsministerium um den Regierungsratsstitel beworben. Als er erfuhr, daß er den Titel nicht erhalten könne, hat er mit Enthüllungen gedroht und schließlich, als ihm der Titel nicht verliehen wurde, im „Neuen Wiener Journal“ Angriffe gegen Bergmann gebracht und dieser wurde auch in Disziplinaruntersuchung gezogen.

Eine Bestechung mit vierzig Millionen.

Wolf behauptete weiter: Pössl hat im „Neuen Wiener Journal“ einen Artikel voll Lobes über Dr. Braun-Stammfest gebracht und sich für diesen Artikel vierzig Millionen zahlen lassen, die in seine Tasche flossen.

gebens in drei Zeitungen. Das Krankenhaus hatte nämlich den Tod Stáskas nicht der Polizei gemeldet und ließ den „unbekannten“ Toten im Massengrab beerdigen. Nach Wochen erst kam man im Krankenhaus dazu, die Papiere zu kontrollieren und der Polizei eine Meldung zu erstatten.

Neber das unehrerliche Vorgehen gegen eine junge Mutter in Nömerstadt hat bekanntlich unser Sternberger Parteiblatt nur insoweit berichten dürfen, als dem Zensor angenehm war. Nun bringt das genannte Blatt, vom Zensor unbeachtet, folgende Einzelheiten: Das junge Mädchen ist die Mutter eines zweijährigen Kindes, dessen Vater sich um beide kümmert.

Das Rubert des Lederer.

Es kam nun ein Fall zur Sprache, der von dem bekannten Spirituskapitalisten August Lederer handelt. Der Junge Fritz Danzinger, der Prokurist bei Lederer ist, gab an: Pössl ist mein alter Freund und ich habe ihn sehr oft im „Neuen Wiener Journal“ besucht.

Der Junge bestätigt noch, daß sich Pössl vom Ingenieur Greiner für einen Artikel drei Millionen Kronen zahlen ließ.

Ein Geschäft mit der Monarchistenbank.

Zeuge Redakteur Dr. Friedrich Lorenz gab an, er habe gehört, daß Pössl telephonisch mit W. Deega, dem jetzt eingesperrten Direktor der verfallenen Novsch-Desterreichischen Bank, gesprochen und Anträge verlangt habe, da er ihm sonst unangenehm werden könnte.

Das „Neue Wiener Journal“ und Vösel.

Wolf behauptete, Pössl habe sich von Vösel Geld dafür geben lassen, daß unangenehme Artikel nicht veröffentlicht werden, und Pössl habe unter Mißbrauch des Redaktionsgeheimnisses Vösel auf Mitteilungen, die von anderer Seite ausgesendet worden sind, aufmerksam gemacht.

Der Richter brach die Verhandlung ab, da er die ganze Sache dem Landesgericht abtrete, damit es prüfe, ob Pössl nicht das Verbrechen der Erpressung begangen habe.

Diese Untersuchung mag nun ausgehen, wie sie will. Sie wird nichts an der Charakteristik ändern, die die stattgefundene Verhandlung über die bürgerliche Journalle ergeben hat.

Man sperre die noch nicht ganz Genezene in ein eiskaltes Loch, so daß das Mädchen vor Kälte gestorben wäre, hätten nicht die Angehörigen warme Kleider und Decken geschickt. Das Mädchen wurde wieder schwer krank, und erst als es in heftigsten Krämpfen lag, wurde ein Arzt gerufen, der die Behandlung auf schärfste beanstandete und anordnete, die Kranke sofort wieder ins Spital zu bringen.

Der Verhandlung der Arbeiter-Abfahrer findet zu den Osterfeiertagen, und zwar am 4. und 5. April in Turn im „Wilhelmthal“ statt. Als Tagesordnung gelten: Berichte, Statutenänderung, statutengemäß eingebrachte Anträge, Organisationsfragen im Verband, in den Kreisen und Vereinen, Bericht des technischen Ausschusses, Ausgestaltung des Saalportes, Bericht vom Fahrradhaus, Wahl des Vorstandes und dessen Kommissionen sowie Eventuelles.

Eine geheimnisvolle Schmutzaffäre. Die „Lidove Noviny“ melden aus Olmütz, daß die 900.000 K, die dem in Lundenburg verhafteten Kremlerter Advokatenkongipienten Fried abgenommen wurden, dem Olmüher Erzbischof gehörten, der damit irgendein Gut im Ausland bezahlen wollte.

Die Defraudation auf der Brünner Hauptpost. Die Postbeamtin Riedl, die nach Unterschlagung eines in die Hunderttausende gehenden Betrages mit ihrem Mann Brunn verließ, konnte bisher trotz angestrengtester Tätigkeit der Sicherheitsbehörden zweier Kontinente nicht ausgefunden werden.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, den 8. d. M.

Prag, 17: Konzert; 18.15: Deutsche Sendung, Prof. Dr. Frankl: Ueber moderne Bildungssphäre. 20.02: Orchesterkonzert. — Brunn, 19: Konzert; 20.10: Proben aus „Die Heilingsfrau des Mchradtscha“.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brunn 750, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

ebenfalls bei der Post angestellt ist, in Post genommen, da der Verdacht der Mittäterschaft bestehen soll.

Die zivilen Pensions- und Versorgungsgebühren werden vom 1. April 1926 grundsätzlich am Ersten jedes Monats ausbezahlt werden.

Wild-West. Zwei schon längere Zeit hindurch verfolgte Straßenräuber brachen dieser Tage in die Farm „Ebusa“ bei Groß-Schenkowitz ein.

Prager Chronik. In der Brebanergasse in Prag wurde vor zwei Jahren der Diener des Bankhauses Betschek u. Co. überfallen und des mitgeführten Geldbetrages von 400.000 K beraubt; kurz zuvor war in Wien ein ähnlicher Raub ausgeführt worden.

Wie Arbeiter in Sowjetrußland exmittiert werden. In der „Nishegorodskaja Kommuna“, dem amtlichen Organ, in Nischni-Rowgorod vom 13. Dezember 1925, Nr. 286, ist folgende „Obligatorische Bestimmung Nummer 5 des Präsidiums des Staatsowjets von Nischni-Rowgorod vom 13. November 1925“ veröffentlicht:

§ 15. Arbeiter und Angestellte sowie die ihnen gleichgestellten Personen, die nach Ablauf von zwei Monaten nach der letzten Frist für die Entrichtung der Miete diese nicht bezahlt haben, werden, neben der zwangsweisen Eintreibung der Miete sowie der hinzukommenden Geldstrafe, zwangsweise aus der Wohnung entfernt; ausgenommen sind jene Fälle, die in der Anmerkung zu Artikel 14 angeführt sind; den übrigen Zahlungspflichtigen gegenüber wird dieselbe Bestimmung nach Ablauf von sieben Tagen nach der letzten Zahlungsfrist angewendet.

Die erwähnte Anmerkung in Artikel 14 stellt den Ausnahmefall nur für Personen fest, die der sozialen Versicherung unterstehen und die ihnen gewährte Pension oder Unterstützung nicht erhalten haben, sowie für Arbeiter und Angestellte in Staatsbetrieben, wenn diesen der Arbeitslohn nicht rechtzeitig ausgezahlt worden ist.

50 Pariser Toiletten für Frau Kollontai. Die Kontrollkommission der russischen Kommunistischen Partei hat bei der Ueberprüfung der Tätigkeit der Sowjetgesandtschaft in Oslo festgestellt, daß die Gesandte Frau Kollontai im Laufe eines Jahres etwa 50 Toiletten bei Paquin und Worth in Paris bestellt hatte.

Der letzte Hohenzoller „stirbt an der Spitze seiner Armee“.

Die vollständige Unwissenheit Wilhelms in allen militärischen Dingen, aber sein Bestreben, überall mit einer „genialen Schlachtenleiteridee“ zwischinzureden, hatte zu dauernden Konflikten, die von seiten Wilhelms rein persönlicher Natur waren, mit der Obersten Heeresleitung geführt. Später isolierte man den Kaiser vollständig, das heißt man verschwieg ihm entweder den Beginn großer Aktionen oder man schob ihn vorher unter Vorpiegelung großer Wichtigkeit auf irgendeinen Posten, wo er nicht schaden konnte.

So geschah es auch vor einem großen geplanten Durchbruch bei Arras 1917. Man hatte ihm erzählt, seine Anwesenheit an der „Front“ wäre bei dem Ernst der Situation unbedingt erforderlich. Seine persönliche Gegenwart würde bei den Truppen die größte Kampfbegeisterung auslösen usw. Um ihn zu zeigen, riet man ihm von anderer Seite „wegen der hohen Lebensgefahr“ dringend ab. Er erklärte aber darauf mit pathetischer Gesten:

„Ein Hohenzoller liegt oder stirbt an der Spitze seiner Armee!“

Der Plan war gegliedert. Es wurden umfangreiche Vorbereitungen getroffen, zu denen Wilhelm persönlich seine Anweisungen gab. Ja, dieser großwahnwahnigste Romanist ging so weit, daß er seine Armeestabes, die er nie anders als zur Kaninchenjagd und zu ähnlichem Zeitvertreib hinter der Front benutzt hatte, vorher im Garten auf eine Scheibe einschoß.

In der Nacht sollte der Angriff stattfinden. Am Abend ließ er noch einmal seine Generale zu sich kommen, mußte aber erleben, daß ihm Hindenburg und Ludendorff mitteilen lißen, sie hätten keine Zeit. Er verabschiedete sich von seiner Umgebung, und der Hofzug fuhr ab, an die „Front“.

Man hatte ihm einen Beobachtungsstand auf einer Anhöhe empfohlen, die etwa 100 Kilometer hinter der ersten Linie lag. Die Nacht brach herein und fand den Kaiser „auf seinem Posten“. Von der Front dröhnte das Trommelfeuerthränen, von dem er nichts anderes merkte als das Feuer der Abschüsse und Einschläge. Die Telephonleitung, die ihn angeblich direkt mit dem Hauptquartier verbinden sollte, ging bis in das nächste Dorf, wo man einen Generalstabsoffizier hingesetzt hatte, der Wilhelm „mit den neuesten Nachrichten“ versah.

Der Angriff hatte begonnen. Hunderttausende von Menschen starben, verbluteten und sprangen um ihr Leben in den Granatlöchern herum. Aber

Humor.

Die zerbrochene Dachrinne und der Kloßschimmel. Im Simplicissimus wird erzählt: Ein Finanzrat erhält für Ausführung einer Dacharbeit am Finanzgebäude folgende Rechnung: Ich bringe dem Finanzamt in Rechnung: 1. für das Verbringen der Leiter und des Werkzeugs von meinem Wohnhaus zum Finanzamtgebäude 1 RM., 2. für das Anstellen der Leiter am Finanzamtgebäude 50 Pf.; 3. für das Befestigen der Leiter und Verbringen des Werkzeugs auf das Dach 1.50 RM.; 4. für Ausführung der Dacharbeit 3 RM.; Summa 6 RM. — Das vielbeschäftigte Finanzamt läßt die Rechnung im Vierteljahr liegen und legt sie dann sofort der vorgesetzten Behörde zur Prüfung vor. Ein dort beschäftigter sehr gewissenhafter Prüfungsbeamter kontrolliert die Rechnung auf genaue und ergreift die Feder zur folgenden Rückfrage: Das Amt hat sofort Bericht zu erstatten, ob sich der Dachbedermeißler K. dort noch auf dem Dache des Finanzamtgebäudes befindet, da für das Herunterfeigen vom Dache und für das Wegnehmen der Leiter keine Kosten in Ansatz gebracht wurden.

Volkswirtschaft.

Der Außenhandel in der Tschechoslowakei im Jahre 1925.

Umsatz: 1205 Millionen Kč.

Zoeben hat das statistische Statistamt den Bericht über den Außenhandel herausgegeben, so daß es bereits möglich ist, sich ein Bild über die tschechoslowakische Ausfuhr und Einfuhr im Jahre 1925 zu machen. Danach betrug die Gesamtausfuhr der Tschechoslowakei im Jahre 1925 18.799 Millionen Kronen, die Gesamteinfuhr 17.595 Millionen Kronen. Der Ausfuhrüberschuß beträgt also 1205 Millionen, das ist um etwas mehr als 1924 (1180 Millionen Kronen).

Die Gewerkschaftsbewegung in der Türkei.

Trotzdem die Türkei industriell noch sehr rückständig ist und ständige Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung die Schaffung fester Grundlagen für eine Arbeiterbewegung erschwert, kann man in der Türkei die ersten Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung bis zum Jahre 1910 zurückführen. Damals bildete sich in Konstantinopel eine sozialistische Partei, um die sich bald auch einige Gewerkschaften gruppieren. Diese setzten sich vorwiegend aus griechischen, türkischen, armenischen und jüdischen Arbeitern zusammen und hatten ihr Hauptquartier in Galata, dem europäischen Teil der Stadt. Nachdem diese ersten Elemente einmal Fuß gefaßt hatten, bildeten sich bald weitere Gewerkschaften und später auch eine unabhängige Sozialistenpartei und ein allgemeiner türkischer Arbeiterbund. Die Arbeiter, die speziell für die gewerkschaftliche Organisation in Frage kommen, sind vorwiegend in Konstan-

tinopel in der Tabak-Industrie und in den Docks. In Smyrna in den Feingewerkschaften und in Izmir als Bergarbeiter beschäftigt. Besonders diese Bergarbeiter sind sehr schlecht organisiert und befinden sich noch auf einer Stufe, die von der Zwangsarbeit nicht weit entfernt ist. Da ein enger Zusammenhang zwischen den verschiedenen, oft unter sehr schwierigen Umständen arbeitenden gewerkschaftlichen Gruppen des Balkans die Festigung der Gewerkschaftsbewegung im nahen Osten sehr fördern kann, ist zu hoffen, daß auch die Gewerkschaften der Türkei auf den in diesem Frühjahr in Sofia tagenden gewerkschaftlichen Balkankonferenz, des A. G. B. vertreten sein werden.

ihre Kaiser beobachtete durch ein Scherenferrohr, selbst er überhaupt etwas sehen konnte, den Kampf und fühlte sich als Leuter der Schlacht in seinem Element.

Seiten ist wohl der beschränkte Größ-

wahnsinn bei ihm so deutlich zum Ausdruck gekommen, wie in dieser Begebenheit. Der Kaiser schwärmte nur in den Tönen höchster Schlachtenromantik. Er „erlebte“ diese Nacht, die Hunderttausenden den Ernährer und Vater nahm, als ein rauschendes Schlachtfest mit Ariensmusik. Keine Sekunde dachte er an die Toten, die dieser Kampf kosten würde, alles war ihm nur Dekoration für seinen krankhaften Herrscherverwahnsinn. „Die unfähigsten Befehle“, so berichtete man, „gab der Kaiser durch das Telefon, und Befehlsempfänger, die man aus dem nächsten Dorf zu ihm schickte, berichteten ihm die Ausführung seiner Befehle.“

Am nächsten Morgen kehrte er zurück in das Große Hauptquartier, wo man ihn christlich-ökologisch und beglückt, ihn unverletzt wiederzusehen, wieder empfing.

Im Kreise seiner Umgebung hat sich der Kaiser dann oft gerühmt, daß allein seine Befehle ausschlaggebend für das Gelingen des Durchbruches gewesen sind...

Die Nachrichten aus Berlin überlieferten sich. Aber immer noch konnte sich der Kaiser nicht entschließen, abzudanken. Bis die Nachricht nach Szona kommt, daß der Kaiser den Thronverzicht seines Herrn und gleichzeitig des Kronprinzen als amtliche Meldung verstanden hat.

Doch kaum hatte der Kaiser die Nachricht erreicht, begann er wie ein Versinniger zu toben: „Verrot! Schamloser, empörender Verrat!“ In fieberhafter Hast beschrieb er ein Formular nach dem anderen mit Protesten. „Er bleibe König von Preußen.“ Er arrangierte Selbstmordgedächtnisse, um dann zu erklären: „Welch ein Nutzen sollte eine solche inhumanisierte Heilung bringen? Wir leben nicht mehr in einer Zeit, wo der königliche Feldherr mit dem Degen in der Rechten seine Truppen in den Entscheidungskampf führte.“

Das sagte der Mann, der jahrzehntelang von dem Kampf mit dem Degen in der Rechten gepöhlte, der vier Jahre lang den „Söldentod“ von seinen Untertanen gefordert hatte, und der von ihnen jetzt als Prämie für seine Treue 300 Millionen in bar, Schloßer, Theater, Bibliotheken, Domänen und Forste haben will.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Die günstige Konjunktur der französischen Wirtschaft erklärt den Umstand, daß in Frankreich die Arbeitslosigkeit bisher mit so rückständigen Methoden bekämpft wurde. Die einzigen Hilfsmaßnahmen gingen von privaten Einrichtungen und von öffentlichen Organisationen auf lokaler oder regionaler Grundlage aus; letztere sind vom Staat unterstützt worden. Die privaten Organisationen sind entweder Arbeitslosenvereine oder Gewerkschaften, die zur Gewährung von Arbeitslosenversicherungen besonders ermächtigt sind, oder es sind Genossenschaftsvereine. Die Arbeitslosenvereine nehmen jährlich an Ausdehnung zu, im ersten Halbjahr 1918 beteiligten sich an den staatlichen Unterstütungen 24, 1923 schon 26 Klassen. Nur eine Minderheit der Arbeitslosen werden bewirbt sich um die staatliche Subvention. Die Zahl der Ansuchen um staatliche Subventionierung ist, wie M. Tepas in der Internationalen Zeitschrift für Sozialversicherung ausführt, so gering, daß der Staat den vorgesehenen Höchstbetrag der Unterstütungen geben konnte, nämlich 20 Prozent der von den lokalen und 30 Prozent der von den Verbänden gewährten Unterstütungen. Die staatlich unterstützten öffentlichen Einrichtungen sind die Arbeitslosenvereine, die von den Departements, von den Gemeinden oder von Gruppen von Gemeinden errichtet sind. Die am meisten verbreitete Form ist der Munizipalfonds, der von einer einzelnen Gemeinde errichtet und aus den ordentlichen Einnahmen oder aus außerordentlichen Finanzquellen gespeist wird. Die öffentlichen Arbeitslosenvereine haben im Jahre 1921, in welches eine industrielle Krise mit bedeutender Arbeitslosigkeit fiel, 550.661 Arbeitslose unterstützt, im Jahre 1924 aber nur 10.419. Der neue Entwurf der Sozialversicherung führt auch die Arbeitslosenversicherung ein. Es wird eine tägliche Unterstützung von 40 v. H. des Lohnes für alle Werktage bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit gewährt. Diese Unterstützung soll um 0.50 Franc für die Gattin und jedes Kind unter 16 Jahren erhöht werden, doch soll sie die Hälfte des Lohnes nicht überschreiten. Vom neunten Tage der Arbeitslosigkeit an für 60 Werkzeuge innerhalb von zwölf Monaten soll die Unterstützung gewährt werden. Das Erfordernis für diesen Versicherungsbeitrag soll gedeckt werden durch eine Luise von

1 v. H. der nach dem Gesetz zu entrichtenden Gesamtbeiträge, durch Subventionen des Departements und der Kommunen in der Mindesthöhe eines Viertels der ausgesetzten Unterstütungen und durch Subventionen des Staates, deren Höhe im Budget festgelegt werden wird. Der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung macht ein Promille des Lohnes aus und wird jährlich etwa 30 Millionen Franken ergeben.

Turnen und Sport.

1. österr. Arbeiter-Turn- und Sportfest 4. bis 11. Juli 1926.

Das große internationale Fest des Wiener Proletariats.

Der Pariser internationale Arbeitersportkongress hat zu dem Plan, in Wien in der Zeit vom 4. bis 11. Juli 1926 ein großes internationales Sport- und Kulturfest abzuhalten, seine Zustimmung gegeben. Die verantwortlichen Vertrauensleute des Wiener Proletariats sind sich bewußt, welche gewaltige Aufgabe da zu lösen sein wird. Aber die Größe des zu Bewältigenden steigert nur den Eifer des proletarischen Wien, das entschlossen ist, allen seinen Gästen aus nah und fern — und es werden deren viele Zehntausende sein — eine imposante Kraft in möglichst packender und anschaulicher Gestalt vor Augen zu führen. Den Gästen, die da aus allen Ländern und Staaten zusammenströmen werden, soll nicht nur Wiens Gastfreundschaft und Wiens landschaftliche und künstlerische Schönheit geboten werden, sondern zugleich ein farbenprächtiges und eindrucksvolles Bild der Durchdringung des alten Wien von der neuen, der proletarischen Kultur.

Schon jetzt arbeitet eine Reihe von Unter Ausschiffen sehr eifrig an der Vorbereitung des gewaltigen Wertes. Der Pressenspiegel hat die Herausgabe einer periodisch erscheinenden Festzeitschrift beschlossen, die sich zum Ziele setzt, sowohl das Programm des ganzen Festes als auch seine hohe internationale Bedeutung und Fernwirkung ins rechte Licht zu setzen. Die endgültige Programmbestimmung wird natürlich erst nach erfolgter. Schon jetzt aber sieht fest, daß gleich der Auftakt des Festes ein geradezu glänzender sein wird. Am Abend des 3. Juli, also am Vorabend des offiziellen Festbeginnes, wird auf dem Kranz der Berge, die sich um Wien schlingen, ein malarisches Höhenfeuer entzündet werden. Auf den Bergen werden nächtliche Versammlungen bei Fackelbeleuchtung und ganz im Wiener Stil gehaltene Volksfeste abgehalten werden. Wiens Lichteffekte werden überhaupt dem ganzen Feste dauernd freundliche Beleuchtung und Bundesgenossen sein. Die festliche Beleuchtung des Rathhauses und des Hofschreibens versteht sich von selbst. Gleichzeitig damit aber werden auf den schönsten Plätzen Wiens, auf dem Karlsplatz und auf dem Heldenplatz vor der einstigen Hofburg der Gabburger, bei Fackel, Lampions, und Scheinwerferbeleuchtung proletarische Massenveranstaltungen erfolgen. Ein großes Feuerwerk wird nicht fehlen und auch die Donauluminierung ist von den Behörden bereits bewilligt worden. Ein Abend ist auch für ein großes Strandfest im Arbeiterstrandbad und den angrenzenden Bädern reserviert, wobei darauf geachtet wird, bei Wasserflinkspielen, Wasserspielen und Lampionreigen 20.000 Menschen zu vereinigen.

Die Massenentfaltung wird überhaupt, was ja selbstverständlich ist, eine entscheidende Rolle spielen. In der Reihenfolge der hohen Werte wird ein Wettbewerb in Genieteisen werden, bei dem mit einem Versuch von hunderttausend Menschen gerechnet werden kann. Umgekehrt in der Festmitte wird an einem Nachmittag ein eigener Kinderfestzug arrangiert werden. Den Höhepunkt des ganzen Tages wird jedoch zweifellos der gigantische Festzug vom Stadlinnern bis zum Trabrennplatz bilden. Bei alledem haben wir noch nicht ein Wort von dem gewaltigen sportlichen Programm gesprochen, das ja die andere und größere Hälfte des Festes einnehmen soll. Auch davon wird später noch mehr zu sagen sein. Heute sei nur die eine besonders erfreuliche Mitteilung gemacht, daß mit unserem proletarischen Sportfest zugleich das von der Gemeinde Wien erbaute Amalienbad, das größte geschlossene Schwimmbad Europas, feierlich eröffnet und vom internationalen Proletariat eingeweiht wird.

An den Proletariatsmassen der Internationale selbst liegt es nun, dem großen Fest auch der seiner würdigen Rahmen zu geben: durch massenhafte Beteiligung. Für bedeutende Fahrpreisermäßigungen, ganz billige Unterkünfte und Verpflegung ist vorgesehen und den Arbeitern und Angestellten ganz Europa bietet sich eine nicht so bald wiederkehrende Gelegenheit, mit durchaus erschwinglichen Mitteln eine acht- bis zehntägige Reise in das herrliche Wien, in das Wien des Proletariats, in die größte sozialistische Gemeinde der Welt unternehmen zu können. Wenn die Arbeiter und Angestellten nun jetzt mit Separationen, keinen wöchentlichen Rücklagen und bescheidener Selbstbesteuerung beginnen, werden sie im Sommer 1926 Zeugen sein eines gewaltigen, nicht nur sportgehilichlich bedeutsamen und nicht nur ästhetisch herzerfreuenden, sondern auch eines proletarischen Werts, proletarischen Aufstiegs und proletarischer Kultur in einprägsamster Weise verkörpernden Zeitereignisses von allgemein geschichtlicher Kraft.

Die bürgerliche Winter-Olympiade im Jahre 1928 findet, wie nunmehr endgültig feststeht, in Engelberg in der Schweiz statt.

Der amerikanische Fliegerleutnant John MacReady hat in einem Höhenflug von 55 Minuten Dauer eine Höhe von 36.000 Fuß, d. h. 10.972 Meter, erreicht. Damit ist er nur um 194 Meter hinter dem Welthöhenrekord des Franzosen Gallico zurückgeblieben.

Der Frauenhandel in Hinter-Indien. Der ausgebreitete Frauenhandel im ostindischen Archipel macht der indischen Regierung bei ihrem Kampfe gegen die Prostitution große Schwierigkeiten. Gerade die mohammedanische Ehe-Gesetzgebung kommt den Händlern mit lebender Ware, welche die heimlichen Vordelle auf Java verschaffen, sehr zufluten. Die Händler sind meistens gut situierte Malaien, die sich sogar eine Frauen-Einkaufszentrale in Bandung geschaffen haben. Hier wird hauptsächlich das Mädchen von den Sunda-Inseln verhandelt, weil die Nachfrage nach diesen hübschen Mädchen am größten ist. Die Agenten der Händler bereisen die Dörfer und suchen nach ärmlichen Familien mit vielen Töchtern. Die Eheschließung ist überhaupt leicht, da der Bräutigam den Eltern die Kaufsumme als Brautschatz bezahlt. Es kommt hinzu, daß in der indonesischen Gesellschaft die Tochter von Jugend auf als ein ganz minderwertiges Geschöpf betrachtet wird. Der vom Bräutigam bezahlte Brautschatz gilt deshalb als eine den Eltern zuteil werdende Vergütung für die nutzlose Geburt der Tochter. Solch ein Agent-Bräutigam heiratet dann auf dem Lande schnell hintereinander die ihm noch mohammedanischen Gesetz erlaubten vier Frauen und reist mit ihnen, da seine Papiere ja in Ordnung sind, nach den Großstädten, wo er sie gegen gute Bezahlung an den Käufer abliefern. Bei dieser Gelegenheit spricht er die Verkaufungsformel über seine vier Frauen aus und kann wieder nach Sumatra oder einer anderen Insel zurückkehren, um abermals vier Frauen zu heiraten und das Spiel von neuem zu beginnen. Wieder andere Händler heiraten eine Mutter mit möglichst vielen für die Prostitution geeigneten Töchtern. Sie brauchen es hinsichtlich des Alters der Mädchen nicht so genau zu nehmen, da in diesen Gegenden schon zwölfjährige Mädchen mit Vorliebe zur Ehe begehrt werden. Nachdem der Händler die Mutter geheiratet hat, adoptiert er die Tochter, damit sie ihm zum Gehorsam verpflichtet sind. Dann liefert er ebenfalls in der oben geschilderten Weise seine ganze Familie im Vordell ab. Die indische Regierung will daher zunächst einmal Ständesämter einführen, um auf diese Weise dem Frauenhandel besser entgegenzutreten zu können.

Eine überschwemmte Wüste. Wie aus Bagdad gemeldet wird, ist infolge der bereits seit einigen Tagen andauernden Regengüsse die Wüste zwischen Bagdad und Jerusalem überschwemmt. Der Postkurier, welcher am 31. Jänner in Bagdad eintrafen sollte, ist infolge des Hochwassers vom Wege abgekommen und befindet sich 130 Meilen westlich von Bagdad.

Ein graufiger Leichensund wurde Freitag morgen in Hamburg gemacht. Als eine Zeitungsträgerin gegen 5 Uhr morgens einen Torweg passierte, gewahrte sie in einer Nische einen Gegenstand, den sie in der Dunkelheit für einen zusammengekauerten Menschen hielt. Bei näherem Betrachten gewahrte sie, daß es sich um einen Koffer handelte. Als man den Deckel öffnete, befand sich der untere Teil einer weiblichen Leiche darin. Die Kriminalpolizei hat Polizeihunde auf die Spur gesetzt.

Ein Kindertragödie ereignete sich auf dem Eise in der Nähe des Dorfes Bapowo in Westholland. Drei Schulkinder, die das morsche Eis des Berieses zu überschreiten versuchten, brachen ein und ertranken.

Das schwarze Unwetter, das seit 30 Jahren beobachtet wurde, tobt weiter über dem Atlantischen Ozean und über der Ostküste der Vereinigten Staaten. Schneestürme haben den Verkehr in New York nahezu lahmgelegt. Der Schnee liegt 6 Zoll hoch. 20 Personen sind im Schneetreiben bereits erstarben.

Wegen der Benutzung einer Altardecke als Hochzeitsanzug erhielt ein Arbeiter aus Regensburg vier Monate Gefängnis. Er hatte sich den Stoff in der Dominikanerkirche in Regensburg von der schwarzen Altardecke abgehohlet.

Ein Teil der polnischen Wegelagerer, die sich seit Monaten in Pommer in Bapiroer Walde herumtrieben, haben neuerdings wieder Überfälle auf Landstrassen ausgeführt. Auf der Landstrasse Wlegig-Megow wurde das Pferd eines Einspanners durch ein über die Straße gespanntes Seil zu Fall gebracht. Im Kreis Gießenhausen wurde ein junges Mädchen auf der Landstrasse angehalten und nach Geld untersucht. Auf der Chaussee zwischen Großschönfeld und Marienthal wurde ein Schlosser gefelle überfallen und ausgeraubt.

Von glühenden Kohlen wurden in Wegberg bei Erleken fünf Arbeiter der Fabrik Dartmann beim Reinigen eines Kessels verbrannt. Einer der Verletzten ist bald darauf gestorben. Zwei dürfen mit dem Leben davonkommen.

Der schlechte Einbruchdiebstahl, den London bisher erlebt hat, ist am Donnerstag in einem Tuchgeschäftshaus in Holborn Fiskus, an einem der verkehrsreichsten Punkte Londons, verübt worden. Vor dem Laden des bestohlenen Tuchhändlers befand sich eine Autobus-Haltestelle, wo zur Zeit des Einbruchs mindestens 20 Personen auf eine Fahrgelegenheit warteten. Wenige Schritte von dieser Menschenmenge entfernt haben die Diebe den Laden aufgebrochen und mindestens eine halbe Stunde darin zugebracht.

Der Regenschirm als Fallschirm. Ein gefährliches Spiel mit dem Leben trieb in dem oberhessischen Städtchen Alendorf ein 18jähriger junger Mann, der auf die tolle Idee kam, auszuprobieren, ob ein ausgepannter Regenschirm auch als Fallschirm verwendbar sei. Er sprang aus dem zweiten Stockwerk seines elterlichen Hauses, kam aber nicht auf die Erde, sondern die gefüllte Jagdgrenube nahm ihn schützend auf. Hilfsbereite Leute befreiten den seltsamen Fallschirmkünstler aus seiner ählichen Situation.

Kunst und Wissen.

Kleine Bühne — Erstaufführung „Michael Hundertpfund“, eine Tragödie von Eugen Oetner. Wenn der Autor als Zeit der Handlung, nach dem „Krieg“ anghit, so tut er eigentlich etwas Ueberflüssiges, denn das Sujet dieses Stückes könnte ebenfalls vor zwanzig Jahren seine Berechtigung haben. Für den unbesorgenen Theaterbesucher bedeutet dies eine kleine Irrführung, weil er ein Stück wirklicher Nachkriegshandlung zu finden hofft. Bis zum Formalen. — Seiner allgemeinen Tendenz nach ist die genannte Tragödie schlechweg eine Heimatdichtung, die sich in seinem spezifischen Gehalt von dem Schönheits und Anzengrubers nicht viel unterscheidet, meint man doch in der Gestalt Hänzles, einen wahrhaftigen Stielklopperhans in zweiter Auflage wiederzufinden. Aber die Technik! Hier leistet Eugen Oetner wirklich gute Arbeit. Hier zeigt er sich in elementarer Wucht. Insbesondere der letzte Akt wirkt durch seine menschliche Unmitbarkeit, die wiederum an Hänselverbe gemahnt, die Hörer bis ins Innerste aus. Die Fabel selbst ist ziemlich schlecht: Der Matrose Michael Hundertpfund weißt bei seinen Verwandten im Schwarzwald auf Urlaub. In Freiburg hat er ein Mädchen, Maria, lieb gewonnen, das seine Verwandten in ihr Haus aufnehmen. Diese, zwei alte, landfronime, zufriedene Leute, deren Ehe kinderlos geblieben war, wollen ihr Häuschen der Kirche vermachen. Michael, ein robuster, jedoch haltloser Mann, befehlt seine Liebe zu Maria und zum heimlichen Wald so an das Häuschen, daß er seinen Urlaub überschreitet, Eifersucht auf einen Fortgeschickten, der sich an Michaels Mädchen heranzumachen versucht, ist die Ursache eines Zermürbnisses mit seinen Verwandten, den beiden Klöpfers, und unwirsch nimmt er seinen Abschied, um irgendwo in der Welt sein Glück zu versuchen. Kommt jedoch fort, läßt ihn die Vorstellung nicht los, daß da oben auf seinem Heimatboden ein Häuschen steht, das die Gewähr für seine sichere Zukunft sein könnte und gerade dieses müßten die beiden Alten in den unfruchtbaren Schoß der Kirche legen. Er eilt zurück und erschießt beim ersten Zusammentreffen die beiden Alten, die es sich eben vorher anders überlegt hatten und sich mit der Absicht trugen, ihm das Häuschen zu schenken. — Von diesem Punkt an ist eigentlich alles selbstverständlich: Angst, Gewissensqualen und Trop. Von hier aber wachst erst Maria, die jetzt ein mutiges, initiatives Martyrium auf sich nimmt, ihn schützen und retten will, jedoch vergebens, die Tat findet ihre Sühne. Die Darstellung ließ nichts zu wünschen übrig. Was insbesondere den Schwarzwälder Dialekt anbelangt, so kann man mit Genugtuung feststellen, daß er bis in die kleinsten Nuancen echt war. Die bäuerlichen Typen der beiden Klöpfers wurden von Rösner und Irene Stein glänzend wiedergegeben. Kenner zeichnete den Michael Hundertpfund mit knoblauchartigen Strichen wahr und echt. Und als Hänsle zeigte fast nur Paul Hörbiger wieder einmal eine echte, in Darstellung nicht übertriebene Rolle des Bauernphilosophen, dessen innere Ausgeglichenheit über all

den wechselnden Menschengeschicken steht. — Das Haus war gut besetzt und das Publikum befallig.

Uraufführung. In der übernächsten Woche gelangt im Neuen Theater die dreitägige Komödie „Die Insel der Affen“ von Hellmuth Unger unter der Spielleitung Leopold Krainers zur Uraufführung.

Die nächste Opernovität, Umberto Giordanos „Mahl der Spötter“ wird Dienstag, den 16. d. M., zur Erstaufführung kommen. — Die Oper bringt in dieser Woche Dienstag Mozarts „Zauberflöte“ mit Hilde Wack-Rehmann (Königin der Nacht) und Alfred Keren (Sarastro) als Gäste a. A.

Neueinstudierung von Franz Bedelinds „Liebestrant“. Nächsten Samstag nach einer längeren Reihe von Jahren wird im Rahmen einer Festsingsnachvorstellung Franz Bedelinds „Liebestrant“ in neuer Inszenierung zur Aufführung gelangen.

Lehars neue Operette „Paganini“ wurde für das Neue deutsche Theater erworben und wird voraussichtlich ungefähr Mitte März, vom Komponisten dirigiert, zur Erstaufführung gelangen.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Sonntag um 3 Uhr nachm. „Zwei glückliche Tage“, halb 8 Uhr abends „Deutsche Kleinstädter“, Montag „Michael Hundertpfund“, Dienstag „Der wahre Jakob“, Mittwoch „Die Freundin Dr. Erzellenz“, Donnerstag abends „Ramselle Ritouche“, Freitag „Charleys Tante“, Samstag 7 Uhr abends „Der wahre Jakob“, 10 Uhr nachts „Liebestrant“, Sonntag 3 Uhr „Charleys Tante“, halb 8 Uhr „Liebestrant“, Montag „Der wahre Jakob“.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute halb 8 Uhr „Die Puppenfee“, 7 Uhr abends „Mascottchen“, Montag „Gräfin Mariza“, Dienstag abends „Die Zauberflöte“, Mittwoch abends halb 8 Uhr „Phymalion“, Donnerstag „Julius Cäsar“, Freitag „Der Ruh“, Samstag „Mascottchen“, Sonntag halb 8 Uhr „Rigoletto“, 7 Uhr „Die Teresina“, Montag „Mascottchen“.

Literatur.

Die „Konsumgenossenschaft“ Nr. 3 vom 1. Jänner 1926 hat folgenden Inhalt: Vorangeize. — 10 Jahre Zentralverband sinnischer Konsumvereine. — Heftigkeiten: 20 Jahre Großenhandelskaufmannschaft. Von Alois Scharnowski (Freudenthal). — Die geistigen Wurzeln des Genossenschaftswesens. Von Prof. Dr. Ernst Grünfeld (Halle a. S.). (Fortsetzung.) Vor einer neuen Verfassung der Arbeiterschaft. — Die Kosten des Zwischenhandels. — Die Bäcker Flächgenossenschaft. — Vom Tage. — Bildungsarbeit. — Rechts- und Steuerangelegenheiten. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Literatur. — Ankündigungen der Konsumvereine. — Inserate.

Der Film.

Gunnar Tolnaes wird am 8. d. im Lucernsaal einen Vortrag über: „Historie des Films und meine Erlebnisse beim Film“ halten. Tolnaes, ein gebürtiger Norweger, hat durch eine Reihe Filme Weltruf erlangt. Er ist der erste Star des Nordisk-Film.

Das Weib des Centauren. Einer der wenigen amerikanischen Filme, die einen ernstlichen Anlauf zur Lösung psychologischer Fragen nehmen. Der Vorwurf kann natürlich nicht sein: ein Künstler schwankt haltlos zwischen seiner reinen Liebe zu einem ideal veranlagten Mädchen, das er später zu seinem Weib macht, und seiner Sinnlichkeit nach einem leidenschaftlichen Weib, um schließlich dennoch zu seiner Gattin zurückzufinden. John Gilbert (der männlich schöne Griffo aus „Seine Stunde“, der in Wirklichkeit natürlich gar nicht so schön ist, weil er ja nicht immer eine kecksame Uniform tragen kann, dafür aber eine sympathische Erscheinung und ein sehr guter Schauspieler ist) in der Hauptrolle vermag die Seelenkämpfe des Künstlers recht überzeugend zur Geltung bringen. Seine beiden Partnerinnen sind nicht minder glücklich gewählt: Eleanor Boardman als die hingebende, verstehende Gattin und Killeen Pringle (die Tamara aus „Seine Stunde“) als beglückendes, sinnensfreudiges Weib geben ihr Bestes, um den Film zu einem gelungenen Ausstattungsglied zu machen. F. B.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Studentengruppe. Dienstag, 9. Jänner, 8 1/2 Uhr abends findet im „Verein deutscher Arbeiter“ der 1. Abend des Seminars „Die österreichische Revolution“ statt. Leiter Gen. Dr. C. Franzel. Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

Bereinsnachrichten.

„Urania“. Wochenprogramm:
Heute Sonntag, halb 11 Uhr: „Island“, Reisekulturfilm.
Montag, 8 Uhr: „Konrad Ferdinand Meher“ (zu seinem 100. Geburtstag) Univ.-Prof. Geseemann. Zum Besten der „Slavistischen Arbeitsgemeinschaft“.
Montag, 8 Uhr: „Island“, Reisekulturfilm.
Dienstag, 8 Uhr: „Die Welt des Millionär-Zentimeters“ mit Lichtbildern. Univ.-Prof. Ehrenhaft-Wien.
Dienstag, 8 Uhr: „Tierschutz und Humanität“ Dr. Max Thun-Hohenstein.
Herausgeber Dr. Ludwig Czech.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riechner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A. G. Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Pollil.

Mittwoch, 17 Uhr: „Cato, ein altägyptischer Charakterkopf“, Univ.-Prof. Reiter. 5. Vortrag: „Bilder aus dem klassischen Altertum“.
Mittwoch, 8 Uhr: „Wie erhalte ich mein Kind gesund?“ Dr. Pawatschek, 4. Vortrag: „Medizin für Alle“.
Donnerstag, 8 Uhr: „Turgenejew“, Univ.-Prof. Geseemann. Zum Besten der „Slavistischen Arbeitsgemeinschaft“.
Freitag, 8 Uhr: „Die Hohen Tauern“ mit 150 Lichtbildern. Seraphine Obermayer (Wien).
Freitag, 8 Uhr: „Aehrenthal“, Univ.-Prof. Weber 3. (lehter) Vortrag: „Staatsmänner aus dem alten Oesterreich“.
Samstag, 3 Uhr: Kulturfilm.
Dazu sämtliche Kurse des „Modernen Bildungsinstitutes“.

Karten zu allen Veranstaltungen, Mitglieds-Erneuerungen, Mitglieds-Anmeldungen täglich Urania-Billette: halb 10—1 und 3—7 Uhr. Telefon: 20.420.
Vorangeize:
„Was erkennt der Kriminalist und der Arzt aus der Schrift und der Hand?“ mit Lichtbildern. Dolfine Poppel, Montag, den 15., 8 Uhr. Karten erhältlich.
„Lieder- und Balladenabend.“ Dr. Ehm. 4. März, 8 Uhr. Am Klavier: Prof. Langner. Karten: Urania, Wegler. 3000

„Uran-Urania-Kino“. Die freudige Gasse im Uran-Urania-Kino. Starbesetzung: Asta Nielsen, Gräfin Esterhazy, Gräfin Tolstoi, Werner Kraus. Nach dem Bettauerischen Roman. Ein Drama von der Schattenseite des Lebens. Heute um 3, halb 6 und 8 Uhr. Montag halb 6 Uhr. Telefon 20.420.
„Das Mädel von Prag“ mit Gunnar Tolnaes!! Vorangeize! Im Uran-Urania-Kino!

Rechnen Sie elektrisch!
MERCEDES-EUKLID
Ganz- und halbausautomatische Rechenmaschinen.
Mit Schieber und Tasten.
Sparen Zeit — Geld — Arbeit.
L. & G. Halphen.
Prag, Mikulasská 1f., 22/a. Telefon 2342.

Auch die Mode-Details sind von größter Wichtigkeit!



Nicht nur die Form unserer Kleider, unserer Öden und unserer Mäntel ist der Mode unterworfen, auch alles, was dazu gehört, die vielen Details der Toilette wechseln von Saison zu Saison. Die elegante Frau, die Frau, die wirklich Geschmack besitzt, und die sich wachlos alles das annimmt, was die Mode bringt, wird immer bemüht sein, die Details ihres Ausgesehen aus dem Charakter ihres ganzen Klutements ihrer Eigenart heraus zu bestimmen. Nur dann ist eine Harmonie zwischen der Trägerin und der Kleidung und ihren Aktributen vorhanden. Der Schal spielt momentan noch immer eine wichtige Rolle. Der kurze Schal wird zu seinem Hauptteil fehlen, er ist auf Goldblume gefertigt, mit dicker Quaste als Abzeichen oder besteht aus dem Stoff des Kleides. Im Theater trägt die elegante Frau gern den großen spanischen Schal. Weniger Kopfzerbrechen hat heutzutage die Dame mit ihrer Frisur, denn der Hühnerkopf herrscht noch wie vor und beherrscht uns in des Wortes wahrer Bedeutung. Obgleich aber Alt und Jung abgesehen vom Haar trägt, gibt es darin unendlich viel Nuancen in Bezug auf den Schnitt, und hier muß der Spiegel zu Rate gezogen werden; denn jedes Gesicht verlangt eine besondere Einordnung dazu das Haar. Krauses Gelock und eine Pompadour werden einem Gesichte mit einem Stupfnäschen einen besonderen Charme verleihen, während einem hochgehenden Typ natürlich glattes, unobduliertes Haar besser ansteht wird. Für den Abend trägt man breite und schmale Stirnbänder. Der Turban bleibt modern und das Diadem feiert Triumphe. Es werden vielfach römische Kostüme angefaßt, das ist unter dem Kopfschmuck sehr leicht und sehr einfach. Am Tage erscheint man wieder ohne Kopfen, sie gehören dem Abend, wie so vieles andere.

2 3008. Wendenfeld aus leuchtendblauem Crepe Georgette. Apart ist der Schürzenteil, auf dem der feine Bänderstreifen ausgeprägt übergeißelt. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar, ist gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Ks 7,50.
2 3009. Wendenfeld aus leuchtendblauem Crepe Satin. Ein lux. lagen Rejade sind in gleichmäßigem Ab-

mänden händförmige Stoffteile eingestickt. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar, ist gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Ks 7,50.
2 3007. Wendenfeld aus blauesfarbtem Crepe de Chine mit Silberfäden. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar, ist gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Ks 7,50.

2 3006. Wendenfeld aus schwarzem Crepe Georgette über schwarzem Vellour-Gliffon-Rod. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar, ist gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Ks 7,50.

Verkaufsstellen d. gebrauchsfertig zugeschnittenen **SEMPER-Schnittmuster:**
Die Zentrale der „GEC“, Prag II, Fügnerova nám. 4 und alle Warenhäuser der „GEC“.
In Prag: H. Park 8, Hermine Reimann. In Prag: VII., Böhische 62, Gustav Reich.

BÖHMISCHE UNION-BANK
Eingezahltes Aktienkapital 200.000.000.— Kč
Reservefonds 99.400.000.— Kč
Filialen:
Asch, Bratislava, Braunnau i. B., Brünn, Freiwaldau, Friedek-Mistek in Schies., Gablons, Jarazit, Hohenelbe, Jägerndorf, Karlsbad, Königinnol a. d. E., Marienbad, Mährlich-Osttau, Mährlich-Schönberg, Neulitzscho, Olmütz, Pröbnitz, Reichenberg, Rumburg, Saaz, Teplitz-Schönbau, Trautenau, Troppau.
Telephon-Nr.: 2006-2010, 6980-6989, 7933-7936 und 7988.
Depeschen-Adresse: Union-Bank.
Kommandite in Wien.
Durchführung aller bankgeschäftlicher Transaktionen

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines Selchwaren der Firma HEGNER & Cie., PILSEN
Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN, SIND DIE ALLERBESTEN!

Einige
Aberaus wirksame Vropoganda ist heute dem modernen Geschäftsmann in der Anzeige
In die Hand gegeben. Sie wirkt am meisten in Blättern der organ. Arbeiter und arbeitet
für ihn, ohne daß er große Ausgaben hat, und — das Wichtigste — Erfolg hat sie immer!
40 haben in allen Konsum-Verseinen
Piering-Seni u. Essig
ist der beste